

# Arbeit & Wirtschaft



## Reich beschenkt?

*Wir fürchten die Neoliberalen, wenn sie Geschenke bringen:  
Unser Sozialstaat ist kein Almosenstaat, sondern ein  
Instrument für alle – das ganze Leben hindurch.*

**Die Wohlstandsmaschine / 6**  
Warum auch Kapitalist:innen  
den Sozialstaat lieben

**Egal statt egalitär / 34**  
Natascha Strobl enttarnt  
Strategien der Rechten

## #10



**IRENE STEINDL** CHEFIN VOM DIENST  
**THOMAS JARMER** ART DIRECTOR & LAYOUT  
**MARKUS ZAHRADNIK** FOTOS  
**MIRIAM MONE** ILLUSTRATIONEN  
**FLORIAN PRAXMARER** LEKTORAT  
**GERHARD AMANN** STILISTISCHES LEKTORAT  
**SONJA ADLER** REDAKTIONSSASSISTENZ

**Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe**

Bernhard Achitz, Barbara Blaha, Christian Bunke,  
 Adi Buxbaum, Sophia Fielhauer, Sandra Knopp,  
 Margaretha Kopeinig, Stefan Mayer, Robert Misik,  
 Christian Resei, Andrea Rogy, Christian Domke Seidel,  
 Udo Seelhofer, Nikolai Soukup, Alexia Weiss

**Redaktion Arbeit&Wirtschaft**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222  
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

**Redaktionskomitee**

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

**Herausgeberin**

Bundesarbeitskammer  
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22  
 Österreichischer Gewerkschaftsbund  
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes  
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793  
 zeitschriften@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

**Hersteller**

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG  
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

**Verlagsort** Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Michelle Ovröjnnek, Lukas Huemerlehner  
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at  
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)  
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)  
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto  
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen  
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

**Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25**

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung  
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655  
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,  
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeberin. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

## Hinter den Kulissen



„Spannend, von zwei Leuten interviewt und gleichzeitig fotografiert zu werden“, sagt der ehemalige Krebspatient **Alexander Greiner**. Für unsere Reportage ab **Seite 30** erzählt er **Sandra Knopp** und **Udo Seelhofer** von seinen Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen.



**Natascha Strobl** ganz in ihrem Element:

In der Buchhandlung Faktory legt die Expertin für Rechtsextremismus mit Autorin **Alexia Weiss** die skrupellosen Strategien der Rechten offen, den Sozialstaat zu untergraben. Ab **Seite 34**.

## *Das können wir uns schenken*



**IRENE STEINDL**  
CHEFIN VOM DIENST

Pünktlich zur Weihnachtszeit stehen Großzügigkeit und Milde wieder hoch im Kurs. Es ist die Zeit des Teilens und Schenkens, symbolisiert durch goldmaschige Geschenkpackerl, die unter Weihnachtsbäumen gute Figur machen. Jetzt sind unsere Herzen und Geldbörsen auch offener für jene, die weniger Glück im Leben haben. Hilfe in der Not ist es auch, was wir dem Sozialstaat gerne als seine Kernaufgabe attestieren. Und das ist fatal, denn es ist genau das, was Rechte und Konservative vehement versuchen: den Sozialstaat auf einen Almosenstaat zu reduzieren. Doch der Sozialstaat ist mehr als das. Es geht darum, „dass die Einzelnen nicht Bittsteller:innen sind, sondern einen Rechtsanspruch haben“, wie es die ehemalige Sozialministerin Lore Hostasch auf den Punkt bringt.

Obwohl unser Sozialstaat zu den besten weltweit gehört, gibt es zunehmend Lücken. Die Klimakrise, steigende Preise und wachsende Ungleichheiten machen deutlich, dass wir zukünftig mehr Sozialausgaben brauchen, um unseren Wohlstand breit zu sichern – vor allem in Bereichen wie Bildung, öffentlicher Kinderbetreuung und Pflege. Hier liegt das Problem: Um eine faire Finanzierung zu gewährleisten, müssen Vermögende und Unternehmen mehr zum Sozialstaat beitragen. Derzeit finanzieren Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen 80 Prozent der Sozialausgaben, während Steuern auf Vermögen verschwindend gering sind.

Argumente wie „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und müssen jetzt sparen“ sind nicht haltbar. Sie dienen dazu, den Sozialstaat weiter auszuhöhlen. Tatsächlich sind unsere Staatsfinanzen stabil, solange wir nicht ständig Steuergeschenke an Unternehmen machen. Erneut hat die Regierung die Körperschaftsteuer und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt und nennt dies „Stärkung des Standorts“. In Wirklichkeit schwächt es den Sozialstaat.

Dass rechte Regierungen nichts Gutes verheißen, zeigt sich aktuell deutlich in Finnland. Die neue Rechtsregierung schränkt das Streikrecht ein, lockert den Kündigungsschutz, kürzt das Arbeitslosengeld und droht Gewerkschaften mit Strafzahlungen. Auch hierzulande mehren sich Angriffe auf den Sozialstaat. Wir erinnern uns an ein Video dieses Sommers, in dem sich der Bundeskanzler über die Armutsdebatte, die Teilzeitquote von Frauen und hohe Lohnabschlüsse empörte. Ist das alles Zufall? Mitnichten. ▀

# Inhalt

## DER BESTE ALLER WELTEN

**12** Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl will den besten Sozialstaat der Welt für alle Menschen, die hier leben. Dafür seien zwei Dinge nötig: ausreichende Finanzierung und politischer Wille, erzählt sie im Interview mit Andrea Rogy.

## DIAGNOSE: CHRONISCH UNTERVERSORGT

**20** Österreichs Gesundheitswesen krankt an überfüllten Ambulanzen und einem Spitzenwert an privater Finanzierung. Als Therapie sind unter anderem landesweite Primärversorgungszentren nötig. Christian Resei und Sophia Fielhauer haben recherchiert.

## ARMUT IST POLITIKVERSAGEN

**26** In einem der reichsten Länder der Welt gelingt es uns nicht, Kinderarmut abzuschaffen. Jedes fünfte Kind wächst in Österreich in Armut auf oder in der akuten Gefahr, morgen arm zu sein. Barbara Blaha war eines davon und meint: Es reicht!

<b>Die Wohlstandsmaschine</b>	<b>6</b>
Geht's dem Sozialstaat gut, geht's auch den Kapitalist:innen gut	
<b>Warum sollen soziale Grundrechte in die Verfassung?</b>	<b>11</b>
Die große Frage beantwortet Volksanwalt Bernhard Achitz	
<b>„Fairänderung“ rechnet sich</b>	<b>16</b>
Zukünftig werden Sozialausgaben steigen. Doch wie finanzieren?	
<b>Sozialstaat – aber wie geht's weiter?</b>	<b>18</b>
Sieben Kriterien für einen fortschrittlichen Sozialstaat	
<b>Was ist dir am Sozialstaat besonders wichtig?</b>	<b>23</b>
Drei Betriebsrät:innen im Blitzlicht	
<b>Ein ganzes Leben lang</b>	<b>24</b>
Staatliche Unterstützungen in allen Lebensphasen	
<b>Wirksame Strategien gegen Armut</b>	<b>29</b>
Eine Analyse aus dem A&W-Blog	
<b>Einmal ganz persönlich</b>	<b>30</b>
Wie Menschen unterschiedlich vom Sozialstaat profitieren	
<b>Egalitär statt egal</b>	<b>34</b>
Im Gespräch mit Natascha Strobl über neoliberale Angriffe	
<b>Finnland und der Rechts-Bruch</b>	<b>38</b>
Der finnischen Bevölkerung droht ein sozialer Kahlschlag	
<b>Papa, wo bist du?</b>	<b>40</b>
Fehlende Väter und falsche Vorstellungen	
<b>Sozialpolitisches Power-Trio</b>	<b>42</b>
Wie drei Gewerkschafter:innen Europas sozialen Dialog stärken	
<b>Der Sozialstaat im Visier</b>	<b>44</b>
Angriffe auf den Sozialstaat haben eine lange Tradition	
<b>Klare soziale Peilung gefordert!</b>	<b>46</b>
Das letzte Wort hat Silvia Hruška-Frank	



# Jeden Tag ein Stück Expertise



**NEUES  
DESIGN**

## Gute Argumente gehören allen!

**awblog.at** leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält dem Mainstream kritisch Fakten entgegen.

Der A&W-Blog bezieht klar Position: aufseiten der arbeitenden Menschen. Engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und Arbeitnehmer:innenvertretung bringen kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

 /AundW

 /arbeit.wirtschaft

 awblog.at/newsletter



# Die Wohlstandsmaschine

*Geht's dem Sozialstaat gut, geht's auch den Kapitalist:innen gut.  
Das soziale Netz schützt nicht nur vor Armut. Es stabilisiert auch die  
Wirtschaft, die Konjunktur und schlussendlich unsere Demokratie.*

TEXT ROBERT MISIK



Das klingt im ersten Moment seltsam: „Es ist nicht so, dass man eine florierende Wirtschaft für einen guten Sozialstaat braucht“, sagt Katharina Mader, Chefökonomin des Momentum Instituts, „sondern umgekehrt: Man braucht einen guten Sozialstaat für eine florierende Wirtschaft.“ Bei genauerem Überlegen steht die Tatsache recht klar vor Augen: Der Sozialstaat sorgt dafür, dass in Krisen nicht gleich die Nachfrage zusammenbricht, dass weniger Firmen in die Insolvenz rutschen, dass Belegschaften nicht sofort entlassen werden müssen und vieles mehr.

Auch die deutsche Wirtschaftsjournalistin und Bestsellerautorin Ulrike Herrmann formuliert es ganz ähnlich: „Ohne Sozialstaat kann es den Kapitalismus gar nicht geben“, sagt sie, „zumindest keinen so erfolgreichen wie in den prosperierenden kapitalistischen Wohlfahrtsgesellschaften der vergangenen 120 Jahre.“ Das hängt auch damit zusammen, dass mit der kapitalistischen Wirtschaft eine Form von gesellschaftlicher Modernität einherging. Herrmann: „Der Kapitalismus sprengt Familienbande. Die Menschen sollen mobil sein. Individualismus setzt sich durch – und damit auch das Modell der Kleinfamilie. Dadurch wurde das alte Sicherheitsnetz der Großfamilie zerstört, also brauchte es ein anderes Sicherheitsnetz.“

*Der Sozialstaat sorgt dafür,  
dass in Krisen nicht gleich  
die Nachfrage zusammenbricht,  
dass weniger Firmen in die Insolvenz  
rutschen, dass Belegschaften nicht  
sofort entlassen werden müssen.*

### **Wirtschaftliche Vorteile**

Selbst in liberal-konservativen Kreisen sind sich heute die meisten der Tatsache bewusst: Der Sozialstaat ist nicht nur für diejenigen gut, die auf ihn angewiesen sind – die Unterprivilegierten, die Arbeitnehmer:innen, die einfachen Leute –, sondern für das Gemeinwesen und die Marktwirtschaft selbst. Der Sozialstaat stabilisiert eine in sich instabile Ökonomie. „Ökonomen rehabilitieren Europas Sozialstaat“, titelte vor einigen Jahren das deutsche Handelsblatt, das linker Romantik unverdächtig ist. Anlass war eine langfristig angelegte Mega-Studie, die Lebenserwartung, allgemeine Lebenszufriedenheit, aber auch harte ökonomische Faktoren wie Arbeitsplatzqualität, Lohnentwicklung und Produktivität der Wirtschaft unter die Lupe nahm. Beteiligt waren 150 europäische Ökonomen:innen. Das Ergebnis: Der Sozialstaat ist nicht nur moralisch „nützlich“ oder unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten – er ist auch wirtschaftlich von Vorteil.



**Eine florierende Wirtschaft gehe nur mit einem guten Sozialstaat, nicht umgekehrt, sagt Katharina Mader, Chefökonomin des Momentum Instituts.**

Die positiven Effekte zeigen sich aber nicht sofort, wie es in der „Sharelife“-Studie hieß, die die Lebensumstände von 28.000 Europäer:innen penibel untersuchte. Besonders stark ist die Wirkung auf eine bessere Gesundheit und eine höhere Lebensqualität der allermeisten Bürger:innen in Sozialstaaten. Auch eine gute Absicherung von Arbeitslosen hat langfristig positive Effekte. Arbeitslosigkeit macht krank und hinterlässt psychische Narben. Sie senkt das Selbstbewusstsein, und wenn die Absicherung fehlt, gibt es viel Druck, auch eine schlechte Arbeit anzunehmen. Ein guter Sozialstaat kann diese langfristigen negativen Effekte „verringern“, so einer der beteiligten Forscher.

Wenn alles der Markt regelt, dann führt das nicht nur zu großen sozialen Ungleichheiten, sondern diese Ungleichheiten selbst sind ökonomisch „ineffizient“ – weil viele Menschen dann ihre Talente nicht entwickeln können und weil, wenn Arbeitslosigkeit mit sozialem Absturz verbunden ist, die Produktivität selbst sinkt, da dann viele Menschen dequalifiziert werden. Der Sozialstaat ist also auch ein ökonomischer „Standortvorteil“.

### **Mehrwert des Sozialstaats**

Aber was ist das überhaupt genau, der Sozialstaat? Spontan denkt man an ein paar wesentliche Eckpunkte: eine Mindestsicherung, die vor dem totalen Absturz schützt und das unterste Sicherheitsnetz bildet. Dazu die verschiedenen Institutionen der Sozialversicherung, also Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung, Krankenversicherung. Das wäre aber eine viel zu enge Vorstellung vom Sozialstaat. „Es gibt eine Philosophie des Sozialstaats“, sagt



**Der Sozialstaat trage dazu bei, Menschen Angst zu nehmen, sagt AK-Chefökonom Markus Marterbauer. Das habe auch direkte Auswirkungen auf die Konjunktur.**

„Der Sozialstaat schafft eine Stabilisierung der Erwartungen“, sagt Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer. Er trägt dazu bei, den Menschen die Angst zu nehmen, und das hat ganz direkte Auswirkungen, etwa auf die Konjunktur. Denn je schlechter die Zukunftserwartungen der Menschen, umso mehr werden sie sparen – und dann bricht die Nachfrage ein. „Aber die Stabilisierung der Erwartungen stabilisiert auch die Demokratie.“ In der gegenwärtigen Inflationsphase haben die Menschen „mit Recht Angst, etwa die Angst vor Armut oder Abstieg“. Das ist Gift für die Demokratie. Neoliberale schüren nicht selten diese Angst. Angst wird eingesetzt, um die Menschen bei der Stange zu halten, entsprechend der Maxime: Spure, lass mit dir alles machen, denn beim kleinsten Fehler fliegst du aus der Kurve.

### **Vermögen der einfachen Leute**

Die Institutionen des Sozialstaats geben Sicherheit – im Fall von Krankheit, Unfall, Alter und so weiter. Schlaue Gesellschaftsanalysen haben erkannt, dass das eine Aufgabe ist, die bei den Reichen deren Vermögen erfüllt. Wer Millionen auf dem Konto hat, der:die darf sich sicher fühlen, wem Unbill auch immer seinen Weg kreuzen mag. Der Sozialstaat ist daher gewissermaßen das „Vermögen der einfachen Leute“.

Der französische Sozialwissenschaftler Robert Castel hat auf diesen wichtigen Aspekt des Sozialversicherungssystems hingewiesen, indem er sich Gedanken darüber machte, welche Rolle Finanzvermögen (und andere Vermögensarten) in unserer Gesellschaft spielen: Sie geben Sicherheit. Und mit der Sicherheit geht Autonomie einher. Wer vermögend ist, der ist gegen Widrigkeiten abgesichert, kann also auch etwas wagen. Und genau diese Rolle spielen die Sozialversicherungen für jene, die nicht vermögend sind – oder besser: die bisher nicht vermögend waren. Castel: „Kann es so etwas wie ein Vermögen geben, das nicht privater Natur ist und doch einer Person zugeschrieben wird, das also sozial ist, aber privatem Nießbrauch offen steht? Dieser Stein der Weisen [...] hat sich schließlich finden lassen. Es sind die Leistungen der Pflichtversicherungen: ein Vermögen, dessen Ursprung und Funktionsregeln sozialer Natur sind, das aber die Funktion eines privaten Vermögens erfüllt.“

Diese Ansprüche des:der Einzelnen aus Sozialversicherungen sind, so Castel, „eine andere Eigentumsform, die nicht wie Geld zirkuliert und sich nicht wie eine Ware tauschen lässt.“ Das ist schon ein seltsames Eigentum, eine eigene Art von Vermögen. Es

Momentum-Forscherin Katharina Mader. „Er ist nicht nur ein Auffangnetz. Er hat auch eine Wohlfahrts- und Umverteilungsfunktion. Der Sozialstaat wurde aufgrund von Gerechtigkeitsnormen entwickelt, setzt sie aber zugleich auch selbst.“ Soll heißen: Verbreitete Vorstellungen von Gerechtigkeit haben geholfen, den Sozialstaat durchzusetzen, aber er beeinflusst zugleich auch, was wir als „gerecht“ ansehen.

Zum Sozialstaat im weiteren Sinne gehören daher ebenso ein öffentliches Bildungssystem, das gratis und gerecht ist und allen gleiche Chancen bietet, sowie die Kindergärten und das Pflegesystem. Auch ein gerechtes Steuersystem mit einer progressiven Einkommensteuer ist Teil des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, ebenso Familienleistungen, die nicht nur die Ärmsten bekommen, aber auch eine Wohnbauförderung und der kommunale oder gemeinnützige Wohnbau, der dafür sorgen soll, dass Wohnkosten leistbar bleiben. Ulrike Herrmann: „Auch hier gilt: Wenn die Menschen keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden können, gibt es für die kapitalistischen Unternehmungen keine Arbeitskräfte mehr.“ In Regionen mit Fachkräftemangel und hohen Wohnungspreisen weiß man mittlerweile längst, dass das kein fiktives Problem ist.

### **Automatisch stabilisierend**

In der ökonomischen Fachwelt nennt man viele dieser Mechanismen „automatische Stabilisatoren“, weil sie Ausschläge der Konjunkturzyklen abschwächen. Geht die Arbeitslosigkeit hoch, steigen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung – und die Konsumnachfrage geht nicht eklatant zurück. Und all das geschieht „automatisch“, ohne dass die Regierung ein Gesetz oder Konjunkturprogramm beschließen müsste.



Laut Sozialwissenschaftlerin Carina Altreiter ist die Zustimmung zum Sozialstaat sehr hoch, kontrovers diskutiert wird jedoch seine konkrete Ausgestaltung.

ist ein Vermögen, das ich aber, im Unterschied zum Geld auf dem Sparbuch, nicht heute schon ausgeben kann, und ich kann es, anders als etwa eine Immobilie, nicht heute schon einem: einer anderen für einen bestimmten Gegenwert übertragen. Ich kann damit nicht handeln.

Aber es hat dennoch genau die Wirkung, die früher allein die Vermögenden genießen konnten: Es sichert ab und bietet daher die Möglichkeit, Risiken einzugehen, sich zu erproben, nicht in jedem Moment auf maximale Sicherheit achten zu müssen. Castel spricht vom „Sozialvermögen“.

*„Ohne Sozialstaat kann es den Kapitalismus gar nicht geben, zumindest keinen so erfolgreichen wie in den kapitalistischen Wohlfahrtsgesellschaften der vergangenen 120 Jahre.“*

Ulrike Herrmann, deutsche Wirtschaftsjournalistin

### **Das Griechen-Paradox**

Das hat manchmal auch eigentümliche Folgen: So haben etwa gute Sozialstaaten sehr häufig eine im Vergleich zu anderen Nationen relativ gerechte Einkommensverteilung, aber eine hohe Vermögensungleichheit. Der wirtschaftsliberale Ökonom Rudi Bachmann dazu: „Gesellschaften mit sehr gutem Sozialstaat, guter Altersvorsorge und mieterfreundlichem Mietrecht weisen empirisch oft eine hohe Vermögensungleichheit auf.“ Warum das so ist, ist leicht ver-

ständig: Wenn es keinen Wohlfahrtsstaat gibt, muss man sehr viel Geld auf die Seite legen und selbst für Notfälle sparen – für das Alter, für den Fall von Krankheit. In Ländern mit günstigen Mieten und guten Gemeindebauten leben viele Menschen in Mietwohnungen. Wo es das nicht gibt, haben mehr Leute ein eigenes Häuschen oder eine Eigentumswohnung. Oft führen diese Menschen ein schlechteres Leben, haben aber mehr „Eigentum“. Und deshalb kann die Vermögensstatistik in solchen Ländern egalitärer sein als in Wohlfahrtsstaaten. Das führt mitunter zu skurrilen statistischen Messeffekten, etwa dass die Griechen im Durchschnitt reicher sind als die Deutschen.

### **Anspruch mit Haltung**

Trotz der vielen unbestreitbaren positiven Effekte sind die verschiedenen Institutionen des Sozialstaats immer wieder Angriffen ausgesetzt – etwa dass die Finanzierungskosten zu hoch seien, Arbeit verteuert und damit Wachstum gebremst würde. Gerne wird lamentiert, es gäbe eine „soziale Hängematte“, in der es sich Faulpelze bequem machen würden. Pflichtversicherungen und gesetzliche Kassensysteme würden die Bürger:innen auch „entmündigen“, war ein berühmtes neoliberales Antisozialstaatsargument. „Was für eine Vorstellung von Mündigkeit steckt dahinter, wenn von ‚Entmündigung‘ der Bürger die Rede ist, weil diese vor weniger Schicksalsschlägen auf der Hut sein müssen?“, fragten Herbert Ehrenberg und Anke Fuchs schon vor bald 50 Jahren in ihrem Buch „Sozialstaat und Freiheit“.

Aber die Sozialstaatsgegner:innen können sich mitunter auch auf durchaus verbreitete Gerechtigkeitsnormen stützen – und auch auf Werte, die in den arbeitenden Klassen verbreitet sind. Solche Werte und Normen sind beispielsweise: Allen soll geholfen werden,

# Die Angriffe auf den Sozialstaat sind in multikulturellen Gesellschaften einfacher, weil mit Ressentiments operiert werden kann.

die es wirklich brauchen, aber niemand soll ein „Freispiel“ haben und es sich „auf Kosten anderer“ bequem machen. Um Ansprüche zu haben, muss ich auch etwas leisten usw.

## Konfliktfall: Menschenbilder

„Es gibt eine hohe Zustimmung zum Sozialstaat“, sagt die Sozialwissenschaftlerin Carina Altreiter, die vor einiger Zeit in einem Forschungsteam eine große Studie über die verschiedenen Solidariätskulturen in Österreich gemacht hat. „Die meisten Leute finden, dass der österreichische Sozialstaat wichtig ist, dass man auf ihn stolz sein kann, darauf, dass man sich bei uns um die Menschen kümmert.“ Doch unterschiedliche Gruppen haben sehr unterschiedliche Haltungen, was damit konkret gemeint ist.

Verstärkt wird das noch durch unterschiedliche Logiken der verschiedenen Instrumente des Sozialstaats. Arbeitslosen- und Pensionsversicherung entsprechen dem Reziprozitätsprinzip: Für die Einzahlungen steht einem ein entsprechender Anspruch zu, also für die Beiträge eine Leistung. Dann gibt es jene Sicherheitsnetze, die einer ganz anderen Logik folgen, etwa die Mindestsicherung oder Wohnbeihilfen. „Hier gilt eine Bedarfsgerechtigkeit“, sagt Altreiter – und nicht so sehr das Leistungs- und Reziprozitätsprinzip. Diese Widersprüchlichkeit haben sich Rechte und Konservative in den vergangenen Jahrzehnten reichlich zunutze gemacht und getrommelt, der Sozialstaat würde die Menschen „verweichlichen“, und irgendwelche Trittbrettfahrer:innen würden sich durchschummeln.

Letztendlich, so Carina Altreiter, gibt es hier auch „einen Konflikt verschiedener Menschenbilder“. Altreiter: „Ich denke, die Menschen haben ein Interesse an Partizipation, sie wollen etwas tun, sie wollen einer Arbeit nachgehen, auch deshalb, weil die Erwerbslosigkeit mit Stigmata verbunden ist, aber auch, weil sie mit anderen kooperieren wollen.“ Die kleine Minderheit, die paar wenigen, die das ausnützen, fallen nicht so sehr ins Gewicht. „Wenn man aber ein eher negatives Menschenbild hat, wenn man davon ausgeht, dass die Menschen faul sind, sich jeden Vorteil ertricksen würden, dann nimmt man eher an, dass man sie mit Daumenschrauben zwingen muss, etwas zu arbeiten, weil sie sonst in der Mehrzahl ‚arbeitsunwillig‘ wären.“ Menschenbilder und mit ih-

nen verbundene Gerechtigkeitsnormen sind somit in der Sozialstaatsdebatte zentral.

Schwer ignorieren kann man auch das Faktum, dass Bande der Solidarität im Nahbereich leichter entstehen als über weite Distanzen hinweg; dass sie in Gesellschaften, in denen sich die Menschen als „ähnlich“ empfinden, tragfähiger sind. In ethnisch oder sprachlich homogenen Gesellschaften sind Sozialstaaten leichter entstanden. Je mehr Diversität, umso schwieriger. Die Angriffe auf den Sozialstaat sind in multikulturellen Gesellschaften einfacher, weil mit Ressentiments operiert werden kann. Weiße Arbeiter:innen konnte man in den USA besonders leicht gegen Sozialhilfe mobilisieren, weil man behauptete, sie käme vor allem faulen alleinerziehenden schwarzen Müttern zugute. Ökonom:innen halten das für den Hauptgrund, warum die USA nur einen „halben“ Sozialstaat ausbauen konnten.

## Weniger Wachstum, weniger Soziales?

Der Sozialstaat, wie er sich in den vergangenen 150 Jahren entwickelt hat, beruht auf ökonomischem Wachstum und mehr Wohlstand – und leistet seinerseits einen großen Beitrag zum Wohlstandszuwachs. Aber was, wenn angesichts von Klimakrise und größerer globaler Gerechtigkeit die Zeit der Zuwächse vorbei ist? Manche Expert:innen hoffen zwar auf „grünes Wachstum“, dass der Umbau der Energiesysteme auf erneuerbare Energien und die Umrüstung der Industrie auf Nachhaltigkeit einfach zu einem „anderen Wachstum“ führen würden. Ulrike Herrmann hält das jedoch für abwegig. Wir werden ums Schrumpfen nicht herumkommen und uns mit weniger begnügen müssen. Keine arge Askese, aber dass es stets mehr zu verteilen gibt, das können wir uns ihrer Ansicht nach in Zukunft abschminken. „Wenn die Einkommen schrumpfen, müssen natürlich auch die Sozialleistungen schrumpfen – das hat aber eine Grenze nach unten.“ Und wenn knappe Ressourcen gerecht verteilt werden sollen, dann, so Herrmann, „wird das über die Preismechanismen nicht mehr gehen, weil dann füllen sich die Reichen bei Wasserknappheit ihren Pool, während die Armen nichts mehr zu trinken haben“. Das kann bei einigen Güterarten zu einer „extremen Form des Sozialstaats führen, nämlich der Rationierung: Der Reiche bekommt genauso viel wie der Arme.“ ▀

# Warum sollen soziale Grundrechte in die Verfassung?

Gerade in Krisenzeiten wird betont, wie sehr sich der Sozialstaat bewährt. Dennoch wurden Pensionen gekürzt, und die Mindestsicherung wurde beschnitten. Ob solche Eingriffe in soziale Rechte verhältnismäßig sind, sollte der Kontrolle des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) unterliegen, so wie es auch bei Eingriffen in Grund- und Freiheitsrechte der Fall ist. Über den Grad der Absicherung kann man dann weiterhin diskutieren – wie bei den Freiheitsrechten, deren Interpretation sich immer wieder geändert hat. Sie konnten weiterentwickelt werden, weil das Grundrecht in der Verfassung verankert ist, weil

der VfGH immer wieder Stellung nimmt und weil Expert:innen im Rahmen des Verfassungsbogens immer wieder darüber diskutieren. Bisher wurde vergeblich versucht, soziale Grundrechte in die Verfassung einzufügen. Die Volksanwaltschaft hat einen neuen Anlauf gestartet und gemeinsam mit NGOs viele Vorschläge in einem Sonderbericht ans Parlament geschickt. Grundrechte auf Gesundheit, Pflege, leistbares Wohnen, Daseinsvorsorge und ein Leben ohne Armut wurden da genannt. Österreich sollte nicht länger der einzige EU-Staat ohne soziale Grundrechte in seiner Verfassung sein.



**BERNHARD ACHITZ**  
VOLKSANWALT

# Der Beste aller Welten

*Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl will den besten Sozialstaat der Welt für alle Menschen, die hier leben. Dafür seien zwei Dinge nötig: ausreichende Finanzierung und politischer Wille, erzählt sie im Interview mit Arbeit&Wirtschaft.*

INTERVIEW ANDREA ROGY

Der Sozialstaat ist der feste Boden, auf dem wir alle stehen – er reicht von Bildungseinrichtungen über das Arbeitsleben bis zur Pension. Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl betont, dass der Sozialstaat nicht nur Gerechtigkeit schafft, sondern auch untrennbar mit Demokratie verknüpft ist. Im Interview gibt Anderl einen Einblick, warum der Sozialstaat allen zugutekommt – von den Armen bis zu den Reichen – und warum politischer Wille entscheidend ist, damit Wohlhabende mehr zur Finanzierung beitragen. Obwohl der Sozialstaat derzeit stabil erscheint, warnt sie vor Finanzierungsproblemen und präsentiert Ideen der Arbeiterkammer, wie der beste Sozialstaat bis 2030 gelingen kann.

**Arbeit&Wirtschaft: Frau Anderl, die Arbeiterkammer will bis 2030 den besten Sozialstaat der Welt für alle, die in Österreich leben. Wie soll das gehen?**

**Renate Anderl:** Wir haben derzeit einen gut funktionierenden Sozialstaat, der viele Menschen absichert und dazu beiträgt, die Ungleichheit im Land zu verringern. Aber er hat auch Lücken. Ich möchte, dass wir unseren Sozialstaat stärken und ausbauen, damit auch in Zukunft alle Menschen, die hier leben, ein gutes und sicheres Leben führen können.

**Was zeichnet unseren Sozialstaat aus?**

Der österreichische Sozialstaat ist für uns alle da. Er hilft uns, wenn wir Hilfe und Unterstützung in schwierigen oder herausfordernden Lebenslagen benötigen, beispielsweise wenn wir arbeitslos sind oder einen Unfall hatten. Aber unser Sozialstaat ist noch viel mehr, er begleitet uns sozusagen von Geburt an: von der kostenfreien Versorgung von Mutter und Kind bei der Geburt über den Schulbesuch und das Erwerbsleben bis in die Pension. Der Sozialstaat ist uns ein treuer Begleiter durch unser gesamtes Leben.



**RENATE ANDERL**

ist 1962 in Wien geboren und seit 2018 Präsidentin der Arbeiterkammer Wien und der Bundesarbeitskammer. Zuvor war sie Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, davor Mitglied des österreichischen Bundesrats.

**Warum glauben manche Leute, dass sie den Sozialstaat nicht brauchen?**

Viele Menschen merken erst, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat ist, wenn sie mit einer unerwarteten Krise oder einem Problem konfrontiert sind – etwa wenn man plötzlich arbeitslos wird. Der Sozialstaat unterstützt hier ganz direkt in Form von Geldleistungen die Menschen. Aber unser Sozialstaat besteht nicht nur aus Geldleistungen, sondern er stellt auch Infrastruktur zur Verfügung – Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel. Alle Menschen profitieren davon, und ich bin davon überzeugt, dass alle Menschen unseren Sozialstaat schon einmal gebraucht haben bzw. noch brauchen werden. Wir müssen daher auch ein Bewusstsein dafür schaffen, was unser Sozialstaat ist, und bei verschiedensten Gelegenheiten erklären, wo die Menschen überall mit der Unterstützung durch den Sozialstaat rechnen können.

**Beschäftigung ist eng mit sozialer Absicherung verknüpft – warum?**

Unsere Beschäftigung sichert unser Leben ab – schon während der Erwerbstätigkeit, aber auch in der Arbeitslosigkeit und in der Pension. Wer während des Erwerbslebens in Teilzeit arbeitet, hat eine höhere



Die Arbeiterkammer hat sich eineinhalb Jahre intensiv mit der Verbesserung unseres Sozialstaats auseinandergesetzt. Dringenden Handlungsbedarf sieht Renate Anderl unter anderem in einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes und einer gerechteren Finanzierung durch Vermögende.

Wahrscheinlichkeit, in Altersarmut zu landen. Das trifft vor allem Frauen. Hier muss die Politik aktiv gegensteuern – etwa mit einem Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen. Wir brauchen flächendeckende und ganztägige kostenlose Kinderbildungseinrichtungen – damit Frauen echte Wahlfreiheit haben.

Auch auf dem Arbeitsmarkt läuft derzeit vieles schief. Es ist schrecklich, im Job nicht mehr gebraucht zu werden, weil man zu alt ist. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten – mit Schulungen und Beschäftigungsinitiativen für Ältere. Da muss das AMS noch mehr investieren und noch bessere Möglichkeiten zur Umschulung anbieten bzw. Arbeitsuchende rascher vermitteln. Dafür braucht das AMS auch dringend mehr Personal.

#### **Wie hängen Sozialstaat und Demokratie zusammen?**

Mitbestimmung und Mitgestaltung sind zentrale Elemente unseres Sozialstaats. Nur wer seine Stimme abgeben kann, kann Politik mitbestimmen und damit die Elemente unseres Sozialstaats mitgestalten. Leider dürfen in Österreich nicht alle Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, bei Nationalrats- und Landtagswahlen ihre Stimme abgeben. Warum? Weil sie keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Sie können damit nicht über die Ausgestaltung unseres Sozialstaats mitbestimmen. Das ist ein großes demokratiepolitisches Defizit. Anders handhaben wir das in der Arbeiterkammer, denn bei den Arbeiterkammer-Wahlen dürfen alle Arbeitnehmer:innen ihre Stimme abgeben, ungeachtet der Staatsbürgerschaft. Die nächsten AK-Wahlen finden 2024 statt. Es ist wichtig, bei jeder Gelegenheit seine Stimme abzugeben, um mitzubestimmen, welchen politischen Weg eine Institution künftig einschlagen soll, aber auch welche



**„Vom Sozialstaat profitieren alle Menschen“, sagt Renate Anderl. Denn neben Geldleistungen stellt er jede Menge Infrastruktur zur Verfügung: Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel, Parks, Wasserversorgung, Müllabfuhr oder Rettung.**

politische Richtung in dem Land, in dem sie arbeiten und leben, gestärkt werden soll. Ich trommle dieses Credo tagaus, tagein, wenn ich mit den Menschen spreche, denn ich möchte, dass die Wahlbeteiligung bei der nächsten AK-Wahl im kommenden Jahr kräftig ausfällt.

#### **Wie hängen Sozialstaat und Klimaschutz zusammen?**

Die Klimakrise ist längst auch in Österreich angekommen, wir hatten den heißesten September seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Klimakrise ist eine zutiefst soziale Frage: zum einen, weil gerade reiche Menschen um ein Vielfaches mehr an Emissionen verursachen, weil sie beispielsweise mit dem Privatjet von A nach B fliegen, zum anderen sind aber arme Menschen die Leidtragenden der Klimakrise, denn sie leben zum Beispiel häufig in Mietwohnungen ohne Balkon und ohne Klimaanlage oder arbeiten in Produktionshallen, die im Sommer sehr, sehr heiß werden. Die Klimakrise wirkt sich also massiv auf die Arbeitsplätze und die Lebensrealitäten der Arbeitnehmer:innen aus. Um die Klimakrise zu bekämpfen, müssen wir unsere Wirtschaft umbauen – das kann uns nur mit einer sozial-ökologischen Transformation gelingen.

#### **Was haben die Reichen vom Sozialstaat?**

Der Sozialstaat ist für uns alle da, er sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt ab. Vom Sozialstaat profitieren alle Bevölkerungsgruppen – ob Arme oder Reiche, Arbeitnehmer:innen genauso wie Landwirt:innen, Selbstständige und Unternehmen. Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist der Garant für soziale Sicherheit und für sozialen Frieden und zielt auf die Verringerung sozialer Unterschiede ab. Unser Sozialstaat trägt beispielsweise auch dazu bei, dass es bei uns eine funktionierende Infrastruktur gibt, dass der Müll von der Straße geräumt wird und es öffentliche Erholungsflächen sowie kostenlose und frei zugängliche Bildungseinrichtungen gibt. Auch die Kollektivvertragsverhandlungen sind Teil des Sozialstaats, weil Gewerkschaften jedes Jahr dafür kämpfen, dass die Lohnerhöhungen die Teuerungen des abgelaufenen Jahres ausgleichen.

#### **Wie soll der beste Sozialstaat der Welt finanziert werden?**

In Österreich ist viel Geld vorhanden, wir sind eines der reichsten Länder der Welt. Wir müssen dieses Vermögen gerechter verteilen, dann ist auch die Finanzierung des besten Sozialstaats der Welt gesichert. Auch jene, die mehr besitzen, profitieren vom



**Bei der AK-Wahl dürfen alle wählen, die in Österreich arbeiten – ungeachtet der Staatsbürgerschaft. „Nur wer seine Stimme abgeben kann“, so Anderl, „kann Politik mitbestimmen und unseren Sozialstaat mitgestalten.“**

Sozialstaat und sollten mehr zu seiner Finanzierung beitragen. Dafür braucht es den politischen Willen.

#### **Ist unser Sozialstaat in Gefahr?**

Ich sehe den Sozialstaat aktuell nicht bedroht, aber es gibt durchaus Grund zur Sorge. Das betrifft vor allem die Finanzierung. Denn unser Sozialstaat wird in erster Linie von den Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen finanziert, während Vermögende relativ wenig zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen. Wir brauchen eine gerechte Finanzierung, damit wir unseren Sozialstaat auch für die Zukunft gut absichern und vor allem ausbauen können.

Wir haben leider auch gesehen, dass in den vergangenen Jahren die Leistungen des Sozialstaats, von denen vor allem gewisse Gruppen profitieren – Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsgeschichte –, immer weiter beschnitten wurden. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen in Armut abrutschen. Da müssen wir gegensteuern, etwa mit einer höheren Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld.

#### **In welchen Bereichen müssen wir den Sozialstaat weiter ausbauen?**

Wir haben einen guten Sozialstaat. Wir wissen aber, dass es international viele Bei-

spiele dafür gibt, wie es besser gehen könnte. Die Arbeiterkammer hat sich eineinhalb Jahre intensiv mit der Verbesserung unseres Sozialstaats auseinandergesetzt. Wir haben viele Ideen und Vorschläge, wie wir unseren Sozialstaat verbessern können. Aktuell ganz dringend brauchen wir ein höheres Arbeitslosengeld, auch die Notstandshilfe und die Mindestsicherung müssen angehoben werden. Es geht darum, Armut zu verhindern. Ein gutes Leben muss auch in Phasen möglich sein, in denen man arbeitslos ist oder nur eingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen kann.

#### **Was muss noch verbessert werden?**

In Österreich sind rund 1,3 Millionen Menschen von Armut betroffen, 312.000 davon sind Kinder. Wir wollen nicht, dass Pensionist:innen von ihrem Einkommen nicht leben können und Alleinerziehende:innen ausgegrenzt werden. Derartige soziale Ungleichheiten gefährden die soziale Sicherheit. Wir sehen auch großen Verbesserungsbedarf im Bildungsbereich. Bildung wird in Österreich vererbt: Kinder aus Arbeiter:innenfamilien sind an Universitäten noch immer stark unterrepräsentiert. Auch die Teuerung hat Auswirkungen auf die Bildung, etwa weil sich viele Eltern keine Nachhilfestunden mehr leisten können.

Ich möchte, dass alle Kinder in diesem Land die gleichen Bildungschancen haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

#### **Sehen Sie auch Handlungsbedarf im Gesundheitssystem?**

Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, aber es muss weiter ausgebaut und gestärkt werden. Wir brauchen viel mehr Kassenärzt:innen und mehr Pflegepersonal, um allen Menschen die beste Gesundheitsversorgung garantieren zu können. Und es geht dabei auch ganz stark um die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich: Während der COVID-19-Pandemie haben wir die Kolleg:innen beklatscht. Jetzt ist es höchste Zeit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

#### **An welchen Schrauben müsste noch gedreht werden?**

Ein Thema, das uns auch in Zukunft noch weiter stark beschäftigen wird, ist das Thema gute Arbeit. 1,5 Millionen Arbeitnehmer:innen können sich nicht vorstellen, bis zur Pension in ihrem Job zu bleiben. Das liegt auch daran, dass die Arbeitsbedingungen in manchen Branchen sehr schlecht sind. Der Arbeitsdruck steigt, immer mehr Arbeitnehmer:innen müssen Überstunden machen – und das zum Teil unbezahlt. Die 40-Stunden-Woche ist fast 50 Jahre alt, das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen endlich ernsthaft über eine Arbeitszeitverkürzung diskutieren.

Auch Weiterbildungsmaßnahmen sind ein großes Thema. Immer weniger Arbeitgeber:innen investieren in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter:innen – und wundern sich dann, dass sie keine Arbeits- und Fachkräfte finden. Wir müssen hier die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Die Arbeiterkammer wird auf jeden Fall weiter daran arbeiten, dass der beste Sozialstaat bis 2030 keine Utopie bleibt. ▀

# „Fairänderung“ rechnet sich

*Dividende für alle: Die Ausgaben für den Sozialstaat sind keine Last. Sie sind eine Investition, die für uns alle eine Rendite abwirft. Doch eine faire Verteilung dieser Investition ist wichtig, damit das System auch in Zukunft so funktioniert, wie es soll.*



TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Täglich zahlt uns der Sozialstaat eine Dividende aus, nämlich in Form eines friedlichen Miteinanders, weil es keine bewachten Viertel (Gated Communities) braucht, oder durch trinkbares Leitungswasser. Unternehmen können sich – trotz aller Probleme im Bildungssystem – über gut ausgebildete Fachkräfte freuen. Menschen entspannen in einem Park oder gehen zum Arzt. Berühmt mag der Sozialstaat vor allem dafür sein, dass er Risiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit absichert, doch er ist sehr viel mehr: Ein Sozialstaat ermöglicht einen friedlichen und bequemen Alltag. Das ist die Rendite, die gezahlte Steuern und Abgaben für uns erzielen.

Norman Wagner, Referent für Sozialstaatsfragen in der Abteilung Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien, fasst diese unscheinbare, aber eminent wichtige Aufgabe so zusammen: „Sozialausgaben haben einen positiven Einfluss auf viele Dinge – nicht nur auf das Leben der Menschen, sondern auch auf den Staat als Ganzes. Er trägt zum Wohle der Gesellschaft bei.“ Eine Aufgabe, die sich auch an den bereits erzielten Erfolgen ablesen lasse. „Es geht beim Sozialstaat auch darum, wie sich der Staat eine Gesellschaft vorstellt. Mit der Umverteilung durch den Sozialstaat haben wir viel Elend entfernt, das es vor 100 Jahren noch gegeben hat.“

Die Frage ist, wer die Investitionen tätigt. Kanzler Karl Nehammer hat sie vor Kurzem beantwortet. Weil er das in der Rede tat, in der er armen Kindern riet, Hamburger essen zu gehen, ging die Antwort unter. Zunächst stellte er die rhetorische Frage „Und wer zahlt das alles?“ und gab anschließend die Antwort: „Wir! Wir zahlen das.“ Das Problem dabei: Es stimmt nicht.

Reiche Menschen profitieren enorm vom Steuersystem in Österreich. Die Gründe dafür sind kompliziert. So ist beispielsweise die Höchstbeitragsgrundlage für die Sozialversicherung aktuell bei 5.850 Euro monatlich gedeckelt. Eine Anhebung ist schwer, da es sich um eine Versicherung handelt. Wer die Beiträge anhebt, muss auch die Leistungen

## Wer finanziert unsere Sozialausgaben?

Quelle: Statistik Austria, 2021



**Arbeitnehmer:innen und  
Konsument:innen**

anheben. Das ist aber nur begrenzt möglich. Auch die Umsatzsteuer wirkt regressiv. Das bedeutet, dass wohlhabende Menschen anteilig weniger bezahlen und sie so leichter Vermögen ansparen können. Wer wenig Geld hat, muss viel davon verkonsumieren und einen höheren Anteil an Umsatzsteuer abführen. Eine Lösung für dieses Problem wäre extrem komplex.

Teilweise sind die Gründe aber auch politisch gewollt. „Wer mehr hat, der kann und soll mehr beitragen. Das ist in der Praxis aber ein Problem, denn dafür bräuchte es eine Erbschaft- und Vermögensteuer und eine faire Besteuerung der Unternehmensgewinne. Diese ist zuletzt aber sogar gesunken“, fasst es Miriam Fuhrmann, Fachreferentin im Volkswirtschaftlichen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbunds, zusammen.

### Verwöhnte Vermögende

Und tatsächlich gingen die Investitionen von Unternehmen in den Sozialstaat, der ihnen so viel Rendite auszahlt, massiv zurück. Die Senkungen der Lohnnebenkosten seit dem Jahr 2016 belaufen sich mittlerweile auf beinahe 1,7 Milliarden Euro pro Jahr – vom Familienlastenausgleich über die Unfallversicherung bis zum Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz.

Auch vermögenden Menschen kommt die Politik der vergangenen Jahrzehnte entgegen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet vor, dass die Industrieländer im Durchschnitt 1,9 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung aus Steuern auf Vermögen beziehen. Österreich landet hier mit gerade einmal 0,6 Prozent im hinteren Drittel.

Entsprechend hoch ist hier das Potenzial. Die Gewerkschaft GPA beispielsweise hat ein Modell vorgelegt, das pro Jahr vier bis fünf Milliarden Euro in Österreichs Staatskasse spülen würde. Hier würde die Besteuerung ab einer Million Euro beginnen – nämlich mit 0,5 Prozent auf das Vermögen oberhalb dieser Grenze. Bei zwei

Millionen würde der Satz auf 1 Prozent steigen, bei drei Millionen auf 1,5 Prozent.

So sinnvoll eine Einführung wäre: Wagner zweifelt an der Durchführbarkeit. „Mit der Erbschaft- und Vermögensteuer liegt zwar ein ganz großer Bereich brach, ich sehe jedoch enorme Schwierigkeiten, diesen Schatz zu heben.“ Zwar spricht sich in Umfragen und Studien eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Erbschaft- und Vermögensteuer aus, sie genießt bei den Parteien jedoch keine hohe Priorität. „In den letzten Jahrzehnten hat sich das neoliberale Narrativ durchgesetzt, dass Steuern und Abgaben eine Belastung seien, die reduziert werden müsse. Dieses Bild muss sich ändern. Es ist wichtig, den Diskurs zu verschieben, damit die Menschen die Leistungen hinter den Abgaben sehen und jede:r einen gerechten Beitrag leistet“, so Fuhrmann.

Ohne Erbschaft- und Vermögensteuer tut sich der Sozialstaat jedoch zunehmend schwer, einer wichtigen Aufgabe nachzugehen: der Umverteilung. „Ohne umverteilende Wirkung steigen das Konfliktpotenzial und die Perspektivlosigkeit, gerade bei Jugendlichen und Menschen ohne Arbeit“, warnt Fuhrmann. Die größte Chance, hier regulierend einzugreifen, hat der Staat bei den Einnahmen. Denn hier schafft es unser System aktuell nicht, diesen Effekt zu erzielen, weiß Wagner. „In Österreich wirkt der Sozialstaat primär über die Ausgaben

umverteilend. Die Einnahmen, also unser Steuer- und Abgabensystem, haben diesen Effekt nicht. Sozialversicherungsbeiträge und Umsatzsteuer wirken regressiv. Fast alles, was in Österreich umverteilend ist, passiert auf der Ausgabenseite.“

### Gefährlich für die Demokratie

Ein Sozialstaat müsse dafür da sein, dass es der Gesellschaft gut geht, erklärt Wagner. „Das Fundament des Sozialstaats ist die ausreichende Finanzierung durch Steuern und Abgaben. Damit kann gewährleistet werden, dass Risiken, wie zum Beispiel Krankheit oder Arbeitslosigkeit, die im Laufe des Lebens entstehen, abgesichert sind“, ergänzt Fuhrmann. Das bedeutet, dass sich der Rückbau des Sozialstaates schlicht verbietet.

Denn nur weil es weniger Staatsausgaben gibt, werden die Aufgaben nicht weniger. Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Sicherheit wollen und müssen finanziert werden, und wenn nicht solidarisch, dann von jeder und jedem privat. „In manchen anderen Ländern ist die Abgabenquote niedriger, dafür werden aber auch die Leistungen aufs Individuum ausgelagert. Was an Steuern und Abgaben weniger eingezogen wird, muss jede Person über den eigenen Nettolohn finanzieren, um sich für den Krankheitsfall, die Pension oder die Arbeitslosigkeit abzusichern oder um die Bildung zu bezahlen“, fasst es Fuhrmann zusammen.

In der Praxis funktioniere das nur bedingt – mit katastrophalen Folgen für die Gesellschaft als Ganzes, mahnt Wagner: „Was der Staat nicht leistet, muss die Privatperson zahlen. Wer dann wenig Geld hat, aber trotzdem Gesundheitsversorgung und Bildung für seine Kinder finanzieren muss, ist in einer schwierigen Situation. Das hat auch Einfluss auf die Partizipation an der Gesellschaft und der Demokratie. Gibt es keine sozialen Leistungen, ziehen sich die Menschen aus dem politischen Diskurs zurück, weil es an Zeit und Energie fehlt.“ Dann fällt die Dividendenzahlung aus. ▀

### Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern (in % des BIP)

Quelle: OECD, 2021



# Sozialstaat – wie geht's weiter?

*Teuerung, Ungleichheit und Klimakrise machen klar: Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Ein wichtiger Schlüssel, um sie zu bewältigen, ist die Stärkung des Sozialstaats, argumentieren Adi Buxbaum und Nikolai Soukup – und stellen einen Kompass für sozialen Fortschritt vor.*

TEXT ADI BUXBAUM, NIKOLAI SOUKUP

Es läuft gerade einiges schief: Die hohe Teuerung treibt die Lebenskosten massiv in die Höhe, und die Schere zwischen Arm und Reich wird größer. Während im vierten Quartal 2021 rund 14 Prozent in einer Befragung der Statistik Austria angaben, dass ihre gesamten Wohnkosten eine schwere Belastung darstellen, traf dies im zweiten Quartal 2023 bereits auf rund 22 Prozent zu. Soziale Ungleichheiten manifestieren sich hartnäckig – von Bildungsvererbung über das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bis hin zur

Verteilungsschieflage bei den Vermögen. Der von der Arbeiterkammer Oberösterreich herausgegebene „Arbeitsklima Index“, der unter anderem die Arbeitszufriedenheit und die psychischen Belastungen von Beschäftigten erhebt, ist auf einem historischen Tiefstand angekommen. Zudem erschüttern uns die Folgen der Klimakrise immer öfter und machen uns bewusst, dass die derzeit vorherrschende Wirtschaftsweise alles andere als nachhaltig ist. Diese Herausforderungen haben eines gemeinsam: Um sie bewältigen zu können, gilt es, den Sozialstaat zu stärken und fortschrittlich auszubauen.

Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt erneut, wie stark der Sozialstaat – insbesondere über den Lebenszyklus – zur Umverteilung und Vermeidung von Armut beiträgt. Das beinahe flächendeckende System der Kollektivverträge in Österreich sucht international seinesgleichen. Und die gesetzliche Pensionsversicherung hat deutlich bessere Leistungshöhen als in anderen europäischen Ländern, in denen das öffentliche Pensionssystem kaputtgespart wurde.

Doch die soziale Absicherung hat auch unübersehbare Schwächen: So fällt etwa



**ADI BUXBAUM**

ist Experte für Sozialpolitik und Referent in der Direktion der AK Wien. Kürzlich ist sein Buch „ABC des Unsozialen. Was sie sagen, was sie meinen“ im ÖGB-Verlag erschienen.

## Stärken und Schwächen

Der Sozialstaat – als Gefüge sozialer Errungenschaften, die oft von der Gewerkschaftsbewegung erkämpft wurden – ist Dreh- und Angelpunkt der Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen. Er garantiert soziale Rechte, stärkt öffentliche Interessen gegenüber dem Profitstreben von Unternehmen und erweitert die Handlungsspielräume für jene, die nicht zu den obersten fünf bis zehn Prozent der Gesellschaft gehören. Eine aktuelle Studie des



**NIKOLAI SOUKUP**

ist Referent im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB und unterrichtet an der FH Campus Wien. Er befasst sich mit Sozial- und Wirtschaftspolitik auf österreichischer und EU-Ebene.

das Arbeitslosengeld für viele viel zu gering aus, sodass der Arbeitsplatzverlust rasch zur Armutsfalle wird. Die soziale Infrastruktur (von der Elementarbildung bis zur Pflege) hat großen Ausbaubedarf. Und viel zu oft wird das Handeln von Behörden als Disziplinierung empfunden, anstatt unterstützend wirksam zu sein. Unter der ÖVP-FPÖ-Koalition wurden zudem drastische Einschnitte im Sozialstaat vollzogen – vom Gesetz über den 12-Stunden-Tag bis zur Abschaffung der Mindestsicherung und deren Ersatz durch eine armutsfördernde Sozialhilfe.

Die aktuelle Sozialpolitik spielt sich vorrangig im Krisenmodus ab: Auf die Corona-Krise folgte die Teuerungskrise. Positiv sticht zwar die automatische Wertanpassung bestimmter Sozialleistungen hervor, sie hat aber merkbare Lücken. Und während andere europäische Länder auf Preis Eingriffe setzten, um die hohen Teuerungsraten in den Griff zu bekommen, legte die aktuelle Bundesregierung ihren Schwerpunkt auf Einmalzahlungen an Haushalte ohne nachhaltige Entlastung.

### Sozialer Kompass hätte Wirkung

Viele unsoziale Maßnahmen der Vergangenheit hätte es nie geben dürfen, ginge es nach dem „Kompass für eine Sozialpolitik des gesellschaftlichen Fortschritts“. Dabei stehen uns unmittelbar sieben Kriterien für die Politikgestaltung zur Verfügung, die in der Grafik dargestellt sind. Die Erfahrung zeigt bislang: Geht es um Vorschläge, soziale Rechte zu stärken und gesellschaftliche Anliegen über Profitinteressen zu stellen, ist der Aufschrei neoliberaler Lobbygruppen zumeist groß. Dennoch liegt es auf der Hand, dass wir den Sozialstaat stärken und fortschrittlich weiterentwickeln müssen.

Der Sozialstaat – zu verstehen als soziale Rechte schaffender Wohlfahrtsstaat mit einer aktiven Mitbestimmungskomponente – war über viele Jahrzehnte ein Erfolgsmodell für sozialen Ausgleich. Heute sollten wir rasch und konsequent die bestehenden

## 7 Kriterien für einen fortschrittlichen Sozialstaat

Quelle: A&W-Blog Buxbaum/Soukup (8. 2. 2022); eigene Darstellung



Lücken schließen, die breiten Bedarfe endlich decken und manches komplett neu aufstellen. So ist der notwendige Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft nicht nur eine Frage energieeffizienter Technologien, sondern muss zugleich ein Übergang zu einer gerechteren Verteilung von Ressourcen und gemeinschaftlichen Beiträgen sein. Der Sozialstaat muss zu einem zentralen Motor einer Transformation hin zu einer sozial und ökologisch gerechteren Gesellschaft werden. Das bedeutet etwa, in gute Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien, aber auch in Bildung, Gesundheit und Pflege zu investieren. Angesichts der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt braucht es mehr Angebote und einen Rechtsanspruch auf hochqualitative Aus- und Weiterbildung – und ein Recht auf existenzsicherndes Qualifizierungsgeld. Für Langzeitarbeitslose muss eine Jobgarantie verankert werden, um jene zu unterstützen, denen auf dem Arbeitsmarkt oft kaum mehr eine Chance gegeben wird.

Der Sozialstaat muss in seinen Möglichkeiten gestärkt werden, soziale Ungleichheit zu verringern. So müssen etwa Arbeitslosengeld und Notstandshilfe deutlich erhöht werden, das „unterste soziale

Netz“ der Sozialhilfe muss verbessert werden, und vermögensbezogene Steuern müssen endlich deutlich mehr zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beitragen. Es bedarf auch eines umfassenden Maßnahmenpakets zur Bekämpfung der Kinderarmut.

### Jetzt Druck machen!

Die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern muss endlich Realität werden. Als wichtige Schritte in diese Richtung müssen Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen massiv ausgebaut werden, und die Einkommenstransparenz muss wirksam verstärkt werden. Bei der Arbeitszeit muss es das Ziel sein, zu einer spürbar verkürzten Norm einer „gesunden Vollzeit“ mit vollem Lohn- und Personalausgleich zu gelangen – und auf dem Weg dorthin kontinuierlich Schritte in diese Richtung zu setzen. Ein fortschrittlich weiterentwickelter Sozialstaat muss zudem Prekarität in der Arbeitswelt entgegenwirken, Diskriminierungen bekämpfen und öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Der Kompass ist also da. Jetzt müssen wir Druck machen, soziale Rechte zu stärken! ▀

# Diagnose: chronisch unterversorgt

*Österreichs Gesundheitswesen krank an überlasteten Fachärzt:innen, überfüllten Ambulanzen und einem Spitzenwert an privater Finanzierung. Als Therapie sind die Aufwertung der Heilberufe und landesweite Primärversorgungszentren nötig – und zwar dringend!*

TEXT CHRISTIAN RESEI | SOPHIA FIELHAUER



Österreich verfügt über ein beneidenswert gutes Gesundheitssystem, Ärzt:innen gelingen medizinische Sensationen. Das ist, rein oberflächlich betrachtet, einfach großartig! Auch im Akutfall stehen so die Chancen auf bestmögliche Versorgung sehr gut. Ein Beispiel: Um 22.45 Uhr kommt eine 80-jährige Frau mit Untertemperatur, Blutdruckabfall und Verdacht auf Schlaganfall mit der Rettung in die Stroke-Unit eines Krankenhauses. Drei Stunden später bringt sie eine Rettung wie-

der nach Hause, die Laborbefunde und das MRT sehen gut aus, kein Schlaganfall.

Anders dagegen die alltägliche medizinische Versorgung abseits des Notfalles, etwa in der Steiermark: Dieses Jahr testete die „Kleine Zeitung“ steirische Facharztpraxen. Zwar funktionierte die Terminvergabe in Notfällen, andere Fälle wurden jedoch gleich abgewiegelt, oder Patient:innen erhielten Termine mit extremen Wartezeiten. Im Schnitt warteten Patient:innen 145 Tage auf einen

Urolog:innen-Termin, bei Gynäkolog:innen waren es 99 Tage und 87 Tage bei Hautärzt:innen. Keine Werte zum Jubeln.

### Abwarten oder zahlen!

Gemessen an der Bevölkerung hat Österreich international die zweithöchste Anzahl an Ärzt:innen, das zeigen Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). „Und trotzdem spüren alle eine Knappheit im niedergelassenen Bereich oder in den Spitälern“, sagt Julia Stroj, ÖGB-Referentin für Gesundheitspolitik. Vor allem bei bestimmten Fachärzt:innen und Hausärzt:innen stauen sich die Patient:innen, in Spitalsambulanzen ebenso. Um einen zeitnahen Termin zu ergattern, konsultieren viele deshalb einen Wahlarzt bzw. eine Wahlärztin. Dort müssen die ärztlichen Leistungen sofort bezahlt werden, ein Teil der Kosten wird von der Krankenkasse rückerstattet. Für Menschen mit wenig Einkommen ist das keine billige Option.

Mit dem bis zu 100.000 Euro hohen Bonus pro Arzt bzw. Ärztin wollte die Bundesregierung noch heuer 100 zusätzliche Kassenstellen in den Mangelfächern Allgemeinmedizin, Kinder- und Jugendheilkunde sowie Gynäkologie schaffen. Dass der geplante Startbonus als Lockmittel ausreicht, glaubt Andreas Huss, Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und Bau-Holz-Gewerkschafter, allerdings nicht. Anschubfinanzierungen wurden bereits in den letzten Jahren getestet, die „Ergebnisse waren überschaubar“, erinnert sich Huss. Wenn Ärzt:innen etwa nicht im nördlichen Weinviertel arbeiten wollen, nutze auch der Bonus nichts. „Ich möchte vor großer Euphorie warnen, dass jetzt schlagartig 100 zusätzliche Kassenordinationen aufsperrten, aber wir werden die Stellen ausschreiben und hoffen auf erste Praxen im April 2024.“

Darüber hinaus wurde die Aufnahme psychologischer Leistungen in das ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) angekündigt. Damit kann die ÖGK endlich auch Verträge mit niedergelassenen Psycholog:innen abschließen – eine entscheidende Verbesserung der psychosozialen Versorgung für 7,5 Millionen Versicherte. Der Wille der Regierung ist zwar da, mit den finanziellen Ausgaben hupert es jedoch: 50 Millionen Euro sind fürs erste Jahr vorgesehen, im zweiten Jahr die Hälfte, und dann ist Schluss. „Uns einfach neue Leistungen umzuhängen, aber kein Geld dafür auszugeben, das geht einfach nicht“, ärgert sich ÖGK-Obmann Andreas Huss.

### Woran es krankt

Besorgnis erregen auch andere Probleme: An allen Ecken und Enden fehlt es an Personal. Stationen sind gesperrt, Operationen werden verschoben, Ambulanzen sind überlastet. Selbst gängige Kontrolltermine kosten chronisch kranke Patient:innen rund drei Stunden Wartezeit. Manch Mediziner:in sieht die Notversorgung der Bevölkerung bereits in Gefahr.

### Wartezeit auf einen Urolog:innen-Termin in der Steiermark

Quelle: Kleine Zeitung, 2023



„Uns einfach neue Leistungen umzuhängen, aber kein Geld dafür auszugeben, das geht nicht“, ärgert sich ÖGK-Obmann Andreas Huss.



Zwar unterstützt die Bundesregierung den Ausbau von Ambulanzen mit 600 Millionen Euro, doch die rar gesäten Primärversorgungszentren (PVZ) bleiben in der Minderheit. Unverständlich, denn gerade sie können Spitalsambulanzen entlasten. Zukunftsweisend binden die PVZ auch Pflegefachkräfte und Sozialarbeiter:innen in die Betreuung der Patient:innen mit ein – schließlich ist unser Gesundheitssystem nach wie vor allzu sehr auf Ärzt:innen fokussiert, obwohl die anderen Gesundheitsberufe viel der anfal-



**Nicht nur in den Krankenhäusern, sondern im gesamten Pflege-, Betreuungs- und Sozialbereich gibt es einen eklatanten Personal-mangel, beklagt Betriebsratsvorsitzende Beatrix Eiletz.**

lenden Tätigkeiten abdecken könnten. „Ärzt:innen können Menschen, die aus sozialen Gründen belastet sind, noch und nöcher Medikamente verschreiben, aber die Patient:innen werden nicht gesund, solange das soziale Problem nicht gelöst wird“, schildert es ÖGK-Obmann Huss.

Sozialarbeiter:innen begleiten Patient:innen und sorgen dafür, dass sie an die richtige Stelle weitervermittelt werden. Sie kümmern sich darum, dass etwaige private Probleme angesprochen und vielleicht auch gelöst werden.

Wie hilfreich ein Primärversorgungszentrum sein kann, zeigt sich in Böheimkirchen im Bezirk St. Pölten: Dort wirkt das PVZ stark in die Gemeinde hinein. „Sozialarbeiter:innen gehen mit Ernährungsberater:innen in die Kindergärten und reden mit den Kleinen übers Essen, oder sie gehen mit Sportmediziner:innen in die Schulen“, erzählt Huss. „Das wirkt wie ein Gesundheits-Netzwerk für die ganze Gemeinde.“

### **Hoch motiviert trotz prekärer Bedingungen**

„Nicht nur in den Krankenhäusern, sondern im gesamten Pflege-, Betreuungs- und Sozialbereich gibt es einen eklatanten Personal-mangel. Wir bekommen immer mehr Aufgaben und Verantwortung“, sagt Beatrix Eiletz, Betriebsratsvorsitzende der Volkshilfe Steiermark. „Die Mitarbeiter:innen, überwiegend Frauen, haben das bis dato alles kompensiert. Jetzt geht es einfach nicht mehr.“ Eiletz vertritt rund 3.300 Kolleg:innen, sie betreut unter anderem

Pflege- und Heimhelfer:innen, deren Arbeit körperlich und psychisch extrem anstrengend ist, drei Viertel der Beschäftigten sind bereits in Teilzeit. „Oft würden Kolleg:innen aber gerne eine höhere Stundenverpflichtung haben, bekommen diese jedoch nicht von ihrem Dienstgeber.“

Daneben wirken sich Inflation und die hohen Energiekosten auf die Arbeitnehmer:innen aus. Immer öfter hört die Betriebsratsvorsitzende auch von drohenden Delogierungen. Prekäre Situationen und frustrierende Erfahrungen zwingen Kolleg:innen des Öfteren zu einem Branchenwechsel – und das, obwohl ein Großteil der Mitarbeiter:innen hoch motiviert ist. „Die vielen Vorgaben und die eingeforderte Dokumentation der Fälle machen es mühsam“, weiß Eiletz. Das tägliche Gespräch, auf das sich beide Seiten freuen, findet kaum noch statt, es fühlt sich nach unpersonlicher Akkordarbeit an. Doch die Arbeitnehmer:innen wollen ihre Tätigkeit nicht wie Roboter erfüllen. „Wir brauchen Zeit, um Menschen betreuen zu können. Satt, warm und sauber alleine reicht nicht.“ In den Krankenhäusern kämpfen die Pfleger:innen mit ähnlichen Problemen. Der Personalstand ist so niedrig, dass Pflegefachkräfte kaum noch Freizeit planen können. „Es herrscht der Zwang der ständigen Verfügbarkeit – wer gerade daheim ist, muss jederzeit mit einem Anruf rechnen, um für eine Kolleg:in einzuspringen“, erklärt Andreas Huss.

### **Teure Gesundheit aus dem eigenen Börserl**

Wer als Patient:in flächendeckend in Österreich die gleiche Kasernenleistung erwartet, wird enttäuscht: Rund 70 Prozent aller Kasernenleistungen werden in ganz Österreich angeboten, 30 Prozent allerdings nur in einzelnen Bundesländern. Derzeit gibt es eben neun Verträge, die mit den jeweiligen Landesärztekammern verhandelt werden. „Die Leistungen sollen in ganz Österreich einheitlich und erweitert werden“, erklärt ÖGK-Obmann Huss. „Ärzt:innen sollten nach einem einheitlichen Leistungskatalog, der auch regionale Unterschiede bei den Honoraren berücksichtigt, bezahlt werden.“ Dafür ist allerdings viel Geld notwendig: Nur 300 Millionen Euro steuert die Regierung für alle Notwendigkeiten beim Ausbau der niedergelassenen Versorgung bei. „Ich weiß nicht, wie sich das ausgehen soll, denn insgesamt bräuchten wir 800 Millionen“, empört sich Huss.

Ein gerechtes System sollte den Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung unabhängig vom Einkommen garantieren. Doch 23 Prozent aller Gesundheitsausgaben finanzieren Österreicher:innen privat, etwa Selbstbehalte, private Krankenversicherungen, Wahlärzt:innen oder Hilfsmittel wie Brillen und Hörgeräte. Europaweit liegt der Durchschnittswert bei 12 bis 15 Prozent. Andreas Huss: „Wenn sich nur mehr Wohlhabende einen bestimmten Teil der Gesundheitsleistungen finanzieren können, dann ist das System nicht mehr solidarisch.“ ▀

# Was ist dir am Sozialstaat besonders wichtig?

Ein gut ausgebauter Sozialstaat ist für Mitbestimmung wesentlich. Drei Betriebsrät:innen erzählen in den Blitzlichtern, was sie am Sozialstaat schätzen.



## ANDREAS BINDER BETRIEBSRAT BEI HABAU

Der Sozialstaat, den wir Bürger:innen selbst durch unsere Abgaben und Steuern finanzieren, ist wesentlich für die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit im Land. Jeder Mensch bekommt dadurch eine Chance auf Arbeitslosen- oder Krankenversicherung. Außerdem sollte der Sozialstaat für ausreichend Kinderbetreuungsplätze und für leistbares Wohnen sorgen.



## KORNELIA MOHL BETRIEBSRATSVORSITZENDE MOMENTUM INSTITUT

Durch einen funktionierenden Sozialstaat profitieren alle Menschen in ganz Österreich. Momentan wird dieser aber hauptsächlich durch den Faktor Arbeit finanziert. Um den Sozialstaat nachhaltig für die Zukunft abzusichern, braucht es allerdings eine gerechte Vermögensumverteilung, dies kann zum Beispiel mit einer Millionärssteuer passieren.



## MICHAEL BICHLER BETRIEBSRAT BEI LENZING AG

Für mich steht beim Sozialstaat die Förderung einer solidarischen Umverteilung in der Gesellschaft im Vordergrund. Menschen, die unverschuldet in schwierige Situationen geraten, müssen vom Sozialstaat Unterstützung erhalten. Essenziell ist auch, dass das Sozialsystem sozial benachteiligten Personen eine umfassende Gesundheitsversorgung gewährleistet.

# Ein ganzes

Soziale Sicherheit kommt allen Menschen zugute! Je nach Lebenslage brauchen wir mal mehr, mal weniger staatliche Unterstützung. Lebensphasen und Bedürfnisse ändern sich mitunter sehr schnell, etwa



## KINDHEIT

### **Vor der Geburt**

Mutter-Kind-Pass, Mutterschutz

### **Geburt**

Mutterschutz, Mutter-Kind-Pass, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, Spitallsleistungen

### **Kindergarten**

Kinderbetreuungseinrichtungen, Elementarbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie (z. B. Recht auf Teilzeit)



## ÄLTER WERDEN

### **Pension**

Alterspension, Ausgleichszulage, Schwerarbeiter:innen-Pension, Ermäßigungen

### **Hinterbliebenenschutz**

für Witwen:Witwer, Waisen

### **Pflege**

Stationäre und mobile Pflegeangebote, Pflegegeld, Hospiz, mobile Dienste, Tageseinrichtungen



## LEBENSLANG

Medizinische Versorgung & Vorsorge, Unterstützung für Familien, soziale Dienste, sozialer Wohnbau und Mietbeihilfen, Armutsbekämpfung, Daseinsvorsorge wie öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Müllabfuhr, öffentliche Bibliotheken, Parks, Bäder, Freizeiteinrichtungen und vieles mehr



# Leben lang

wenn wir plötzlich krank oder arbeitslos werden, Kinder bekommen oder Angehörige pflegen. Unser Sozialsystem unterstützt uns in all diesen Phasen.



## JUGEND

### **Ausbildung**

Schulbücher, Freifahrten, Lernförderung, Studienbeihilfe, öffentliche Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen oder überbetriebliche Lehre

### **Behinderung**

Pflegegeld, Beschäftigungsförderung, Tageseinrichtungen

### **Familien**

Familienbeihilfe, Mitversicherung, steuerliche Begünstigungen, Vereinbarkeit von Beruf & Familie (z. B. Recht auf Teilzeit)



## ARBEITSLEBEN



### **Arbeitsbedingungen**

Arbeitsrecht, Schutz der Gesundheit, Kollektivverträge, Mitbestimmung im Betrieb, Weiterbildung, Bildungskarenz

### **Arbeitslosigkeit**

Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Qualifizierung/Kurse, Arbeitsvermittlung

### **Krankheit, Unfall**

Entgeltfortzahlung, Krankengeld, ambulante und stationäre Behandlungen, medizinische Rehabilitation

### **Invalidität**

Gesundheitliche und berufliche Rehabilitation, Pension



# Armut ist Politikversagen

*In einem der reichsten Länder der Welt gelingt es uns nicht, Kinderarmut abzuschaffen. 350.000 Kinder – und somit jedes 5. Kind – wachsen in Österreich in Armut auf oder in der akuten Gefahr, morgen arm zu sein. Das müsste eigentlich reichen, um zu sagen: Genug!*

TEXT BARBARA BLAHA

Österreich hat einen Zugang, wenn es um Armut geht: nicht darüber reden. Österreich ist eine Klasesengesellschaft, die so tut, als wäre sie keine. Die Zahlen sprechen aber deutlich zu uns: Das reichste Prozent hockt auf mehr als der Hälfte des gesamten Privatvermögens – also mehr, als die ärmeren 99 Prozent der Bevölkerung zusammen haben. Die kleinsten Einkommen haben heute eine geringere Kaufkraft als vor 20 Jahren. In einem der reichsten Länder der Welt gelingt es uns nicht, Kinderarmut abzuschaffen. Wir reden von Kindern, die fast nie auf Urlaub fahren. Sie leben in Wohnungen, die nicht ausreichend geheizt werden. Sie kennen Toastbrot- und Reistage, weil für mehr reicht es am Ende des Monats nicht mehr. Für Menschen, denen die Herzensbildung fehlt und bei denen es unmöglich erscheint, ihnen ein „Das darf nicht sein in einem so reichen Land“ zu entlocken, selbst für diese Leute gibt es schlagende Argumente.

## Das „Investment“ Kindergarten

Je früher man den Hebel ansetzt, desto besser wirkt er: Wer in eine arme Familie hineingeboren wird, profitiert mehr als alle anderen von den Bildungseinrichtungen am

Beginn des Lebens. Was die Familie selbst nicht schafft, kann der Kindergarten teilweise auffangen – aber nur, wenn man ihn ausreichend finanziert. In der Sprache der Wirtschaft: Der ROI, der Return of Investment, ist beim Kindergarten am höchsten. Wenn wir für mehr Kindergärten, für längere Öffnungszeiten und bessere Betreuung sorgen, geht es auch den Eltern besser. Arbeitet eine Frau weniger – weil meist sie und selten er die Kinder betreuen muss –, verdient sie weniger, hat weniger Aufstiegschancen und am Ende eine mickrige Pension. Wer keine Kindergärten baut, schadet also armen Familien

mehrfach und generationenübergreifend. Diesen Familien ist es egal, ob es aus egoistischen Motiven passiert, wie bei Sebastian Kurz. Für sie greift diese Politik direkt in ihr Leben ein: Österreich verpasst jedes Jahr das EU-Ziel zur Betreuung von Kleinkindern. Das Ergebnis: Jede dritte hiesige Teilzeitanstellung wird durch Betreuungspflichten ausgelöst; in Dänemark, mit hoher Kindergartendichte, ist es gerade einmal jede fünfzigste. Wer einen qualitativ hochwertigen Kindergarten im Ort hat, ist mehr Stunden im Beruf. Wer mehr verdient, zahlt mehr Steuern und kann sich mehr leisten. Das freut auch die Wirtschaft.

Wer besser ausgebildet ist, verdient besser, wird weniger krank und lebt um bis zu zehn Jahre länger. In Wohnungen mit schwerem Schimmelbefall bleibt nur, wer sich nichts anderes leisten kann. Die Bio-Produkte aus dem Supermarkt sind für manche unerschwinglich, Geräte und Gebühren für den Sport sowieso. Und da reden wir nur von der körperlichen Gesundheit – hinzu kommen die psychischen Belastungen: Arbeitslosigkeit ist ein Stressor, der auch auf das Immunsystem drückt. Wer arm aufwächst, ist kränker und fühlt sich auch kränker. In einer aktuellen Umfrage sagt die Hälfte der Ärzt:innen, dass Kinder



**BARBARA BLAHA**

1983 in Wien geboren, Leiterin des Momentum Instituts, Herausgeberin des „Moment Magazins“ und Gründerin des Politikongresses Momentum; Unirätin und ehemalige ÖH-Vorsitzende; Kind einer Arbeiterfamilie.



aus armutsgefährdeten Familien häufiger zu ihnen kommen als andere. Eine deutliche Mehrheit sagt, dass sich armutsgefährdete Kinder weniger gesund und leistungsfähig fühlen. Fragt man Ärzt:innen, ob Kinder aus armutsgefährdeten Familien häufiger an chronischen Krankheiten leiden, antworten sechs von zehn eindeutig mit Ja. Was wir in die Bildung stecken, erhalten wir vielfach zurück: Gute Bildung macht gesünder, schützt vor Arbeitslosigkeit und spart somit Sozialausgaben. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht bekommt die Gesellschaft jeden Euro, den sie in die Kindergärten investiert, achtmal zurück. Das ist ein Top-Investment und deutlich besser als jenes in Universitäten: Für jeden Euro, den wir in Studierende stecken, kommen laut OECD nur zwei zurück. Gute Kindergärten, exzellente Pädagog:innen und ein toller Betreuungsschlüssel: Das sind die Werkzeuge, um den Armutskreislauf zu durchbrechen. Wo steht Österreich hier? Salopp gesagt: ganz hinten.

### Der marode Zustand der Kinderbetreuung

Die Ausgaben für Kinderbetreuung haben sich seit 1980 zwar verdoppelt, in anderen Ländern sind sie aber wesentlich stärker

gestiegen. Deutschland hat das Budget um das 4fache gesteigert, Frankreich um das 5fache und Italien und Belgien um das 7fache. Wir geben 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Kinderbetreuung aus und liegen damit weit unter dem OECD-Durchschnitt von knapp 1 Prozent.

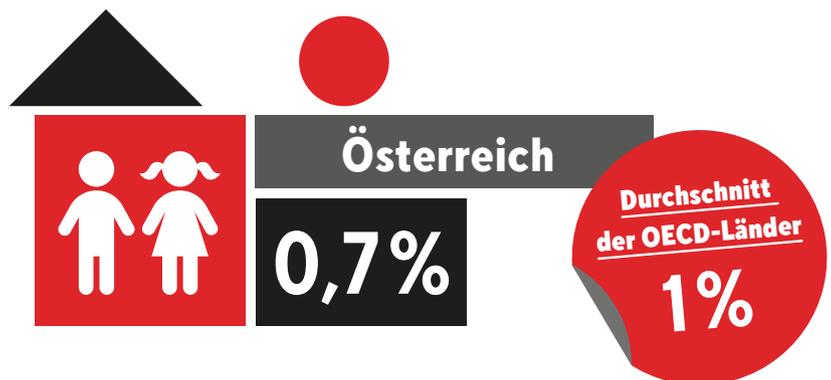
Diese Knausrigkeit schaut in der Realität so aus: fehlende Betreuungsplätze, zu kurze Öffnungszeiten und ein beschämend schlechter Betreuungsschlüssel. In Finnland betreut eine Fachkraft im Kindergarten sieben Kinder, in Dänemark betreut sie zehn. Und in Österreich? Eine Person umsorgt im

Schnitt 24 Kinder. Daten des europäischen statistischen Amtes zeigen: EU-weit stieg in den letzten zehn Jahren die Ganztagsbetreuungsquote für 3- bis 5-Jährige um bis zu 38 Prozentpunkte. In Österreich waren es nur drei Prozentpunkte.

Was wir im Kindergarten verbocken, das machen wir in der Schule nicht wieder gut. Fast nirgends wird Bildung so stark vererbt wie bei uns. Wir zementieren den sozialen Status fest ein. Kinder aus armen Familien verdienen später kaum mehr als ihre Eltern. Um sich aus der untersten Einkommensgruppe in die Mitte vorzukämp-

### Ausgaben für Kinderbetreuung (in % des BIP)

Quelle: OECD, 2023



# „Wie kann es sein, dass Kinderarmut in einem reichen Land wie Österreich bewusst in Kauf genommen wird? Das ist kein Versehen, sondern Absicht.“

Barbara Blaha

fen, braucht es in Dänemark zwei Generationen, in Österreich fünf Generationen – oder anders gesagt: 125 Jahre. Dabei wollen alle das Beste für ihr Kind. Für die einen bedeutet das Babyschwimmen und musikalische Früherziehung; die anderen hängen nach der Schicht noch ein paar Stunden dran, arbeiten an Wochenenden und in der Nacht. Warum? Die Zulage ist wichtig, denn die Kinder brauchen Winterschuhe – und die sind jetzt dringender als die Hilfe bei der Hausübung.

Unser Schulsystem ist so gebaut, dass alle bleiben, wo sie sind. Mit zehn Jahren entscheidet sich, wer es später an die Uni

schafft und wer nicht. Armut in reichen Gesellschaften ist aber kein Hoppala. Das ist die Konsequenz einer Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Kinderarmut nicht bekämpfen will. Wirksame Armutsbekämpfung ist institutionell, nicht individuell. Der „gute Tipp“ des Bundeskanzlers, günstig beim „Mäci“ Burger zu essen, holt niemanden aus der Armut.

## Armut wird gezüchtet

Die Hebel, um Kinder und ihre Familien aus der Armut zu holen, sind alle da. Wir drücken diese Hebel nur nicht, und die

Regierung hat das auch nicht vor. Vor drei Jahren hat die Europäische Kommission die „Europäische Garantie für Kinder“ erarbeitet. Bis 2030 sollen alle EU-Staaten Kindern kostenlosen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung garantieren sowie eine gesunde Ernährung und einen angemessenen Wohnraum sicherstellen. Zur Umsetzung erarbeiten alle EU-Staaten nationale Aktionspläne gegen Kinderarmut – alle, nur Österreich nicht. In drei Jahren ist nichts passiert, nicht einmal ein Plan wurde vorgelegt. Aber wie kann es sein, dass Kinderarmut in einem reichen Land wie Österreich bewusst in Kauf genommen wird? Das ist kein Versehen, sondern Absicht. Kinderarmut geht Hand in Hand mit Armut. Arme Kinder haben immer auch arme Eltern. Eine Gesellschaft, die sich darin gefällt, alles einem vermeintlichen Leistungsprinzip unterzuordnen, die Individualismus und Wettbewerbsfähigkeit als Tugenden vor sich herträgt, schiebt Armen die alleinige Verantwortung für ihre Lage zu – wer sich auf dem Markt nicht durchgesetzt hat, ist eben selber schuld. Mehr noch, Vollbeschäftigung und Abschaffung von Armut werden als Gefahr für den Wirtschaftsstandort angesehen – weil dann könnten die ja noch Forderungen stellen!

Mit anderen Worten: Neoliberale sehen in Armut ein Disziplinierungsinstrument. Weil unsere Sozialsysteme nicht armutsfest sind, reicht die Angst vor Armut bis weit in die Mittelschicht. Und diese Disziplinierung durch Abstiegs- und Armutsangst funktioniert. Stellen wir uns vor, Menschen müssten bei schlechten Arbeitsbedingungen oder miesem Gehalt keine Angst vor Armut haben und könnten einfach sagen: Nein, danke, unter diesen Bedingungen arbeite ich nicht. Deshalb dürfen wir, wenn wir Kinderarmut bekämpfen wollen, nicht über Armut und ihre Funktion im Kapitalismus schweigen. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass es keine armen Kinder mehr gibt, dann müssen wir die Armut als Ganzes besiegen. Die Mittel dazu hätten wir längst. ▀

## So lange dauert es, um sich aus der untersten Einkommensgruppe in die Mitte vorzukämpfen

Quelle: OECD, 2018



**Dennis Tamesberger | Iris Woltran**, Team Sozialpolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich

Zusammengefasst von Irene Steindl

## Wirksame Strategien gegen Armut

Die schwarz-grüne Regierung hat ihr Ziel verfehlt, den Anteil an armutsgefährdeten Menschen zu halbieren. In Österreich steigt absolute Armut an, während gleichzeitig auch Überreichtum steigt. Armut ist auch für die Demokratie ein Problem: Nur etwa die Hälfte des ökonomisch ärmsten Drittels geht wählen, aber 80 Prozent des reichsten Drittels. Die Beseitigung von Armut ist somit eine Politik zur Stärkung der Demokratie. Eine wirksame Armutsstrategie sollte bei jenen Bevölkerungsgruppen ansetzen, die eine hohe Betroffenheit haben. Wichtige Reformansatzpunkte wären:

**Erhöhung der Ausgleichszulage:** Die Ausgleichszulage ist ein steuerfinanziertes Instrument zur Bekämpfung von Altersarmut im Rahmen der Pensionsversicherung. Der Richtsatz für die Zulage liegt jedoch unter der Armutsschwelle. Eine Erhöhung der Ausgleichszulage käme rund 900.000 Menschen zugute, besonders Frauen und Älteren.

**Erhöhung des Arbeitslosengeldes:** Arbeitslose Menschen sind besonders armutsgefährdet, insbesondere wenn die Arbeitslosigkeit länger andauert. Das sogenannte Arbeitslosengeld von 55 Prozent des Nettoeinkommens schützt nicht ausreichend vor Armut. Eine Erhöhung auf 70 Prozent würde das Armutsrisiko unter den Arbeitslosen um drei Prozentpunkte reduzieren.

**Erhöhung des Unterhaltsvorschlusses:** Um die tatsächlichen Unterhalts- bzw. Kinderkosten besser abzudecken und damit die Lebenslagen von – insbesondere armutsbetroffenen – Kindern zu verbessern, sollte der Unterhaltsvorschuss erhöht werden.

**Warmes und gesundes Mittagessen:** Ein kostenloses warmes und gesundes Mittagessen für Kinder in Kindergärten, Volksschulen und in der Unterstufe würde die Gesundheit fördern, wäre eine Sachleistung ohne Stigma für Familien mit geringem Einkommen und würde zur Aufwertung der Institution Schule beitragen.

Hierfür werden rund 2,6 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in Österreich benötigt – das sind weniger Ausgaben, als eine Vermögensteuer für Millionär:innen bringen würde. Die Beseitigung von Armut ist somit primär eine Frage des politischen Willens zur Umverteilung.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:  
A&W-Blog abonnieren unter [awblog.at/blog-abo](https://awblog.at/blog-abo)**



# Einmal ganz persönlich

*Von der Ausbildung zur Krankenschwester bis hin zur Elternkarenz: Die persönlichen Geschichten von Menschen im österreichischen Sozialstaat sind vielfältig. Vier Menschen erzählen von Mut, Durchhaltevermögen und dem Streben nach Veränderung.*

TEXT SANDRA KNOPP | UDO SEELHOFFER



Mindestens einmal im Monat packt Dorathy Ujunwa ihre Tasche und fährt mit dem Zug von Wien nach Graz. Von Samstag bis Dienstag besucht die dreifache Mutter dort im Rahmen ihrer Ausbildung zur Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegerin (DGKP) Kurse an der EMG-Akademie. Damit erfüllt sich Dora, wie sie alle nennen, mit Mitte 40 einen Traum. „Als ich in Nigeria aufwuchs, wollte ich Krankenschwester werden, doch die Ausbildung war zu teuer.“ Stattdessen wurde sie Buchhalterin. Nachdem sie 2003 nach Österreich gezogen war, arbeitete sie als Kindergartenhelferin und Stubenmädchen. Ein Gedanke ließ sie allerdings nicht los: „Ich will Menschen helfen und einen Job mit Zukunft haben!“ 2009, nach der Geburt ihres zweiten Kindes, absolvierte sie die einjährige Ausbildung zur Pflegeassistentin. Seit 2010 arbeitet sie bei der Caritas Socialis (CS). Dora hilft Menschen beim Aufstehen und Duschen sowie beim Essen, sie wechselt Verbände, verabreicht Insulin. „Dora, geh bitte, du schaffst das!“ Als ihr eine Lieblingsklientin mit diesen Worten Mut machte, meldete sie sich für die DGKP-Ausbildung, die für Pflegeassistentinnen rund zwei Jahre dauert, an. Auch ihre Familie steht hinter ihr. „Ich habe ein Dreimäderlhaus – meine Töchter sind mitten in der Pubertät. Wenn ich in Graz bin, kümmert sich der Papa brav um die Kinder.“ Ihren Mädels rät sie: „Es ist besser, als Kind weniger mit dem Handy zu spielen und mehr zu lernen. In meinem Alter ist das viele Lernen echt anstrengend“, sagt sie und lacht.

**Dorathy Ujunwa verwirklicht mit Mitte 40 ihren Traum: die Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin. Dank Fachkräftestipendium kann sie das finanziell stemmen.**



**Jasmine Walters sorgt in der mobilen Pflege dafür, dass ältere Menschen länger in ihrem Zuhause bleiben können – auch das macht einen Sozialstaat aus.**

Neben den Blöcken in Graz absolviert Dora Ujunwa mehrere Praktika und arbeitet an der Abschlussarbeit. Seit Ausbildungsstart im Mai 2022 ist Dora geringfügig bei der CS beschäftigt. Ihren Lebensunterhalt sichert das Fachkräftestipendium, damit ist sie kranken-, unfall- und pensionsversichert. Auch solche Leistungen gehören zum Sozialstaat. Durch die finanzielle Unterstützung hat sie die Chance, sich beruflich weiterzuentwickeln. Wenn Dora fertig ist, wird sie in einer höheren Verwendungsgruppe entlohnt. Seit heuer werden die Berufsjahre als Pflegeassistentin nach der Ausbildung zur Gänze angerechnet, was zu einem höheren Grundgehalt führt. Für Dora bedeutet das um 400 Euro mehr im Monat. Die „lineare Umreihung“ war ein Verhandlungserfolg von GPA und vida. Die Ausbildungskosten von fast 11.000 Euro übernimmt zum Großteil der Arbeitgeber, im Gegenzug verpflichtet sie sich, danach mehrere Jahre im Unternehmen zu bleiben. Rund zehn Prozent sowie die Aufenthaltskosten für Graz muss sie selber tragen.

### **Wissen mit Leidenschaft**

Rund 400.000 Menschen arbeiten im Gesundheits- und Pflegebereich, einem wichtigen Eckpfeiler des Sozialstaats. Doch es werden deutlich mehr gebraucht: Bis 2030 fehlen rund 75.000 zusätzliche Pflegekräfte. Um den Mangel auszugleichen, will man Arbeitskräfte aus anderen Branchen und Bereichen gewinnen und in deren Ausbildung investieren. Auch Doras Kollegin Jasmine Walters ist Pflegeassistentin und qualifiziert sich weiter. Ihr Weg in die Pflege war nicht vorgezeichnet. Die HTL-Absolventin arbeitete ehrenamtlich beim Roten Kreuz und unterstützte ältere Menschen. Dabei wurde ihr klar: „Das ist meine Leidenschaft“, und sie ist es bis heute geblieben: „Ich freue mich, wenn ich zu den Klient:innen komme und sie

sagen: ‚Schön, dass Sie da sind!‘“ Mittlerweile arbeitet die 33-jährige Niederösterreicherin seit 13 Jahren in der Pflege. Angefangen hat Jasmine Walters als Heimhilfe, dann folgte berufsbegleitend die Ausbildung zur Pflegeassistentin und nun jene zur Pflegefachassistentin. Viele Klient:innen fragen sie, wie es ihr mit der Ausbildung geht. Sie finanziert sich die Ausbildung selbst, um sich beruflich nicht an einen Arbeitgeber binden zu müssen. Aktuell ist sie in Bildungsteilzeit. Statt 30 arbeitet sie bis zum Abschluss der Ausbildung 15 Stunden pro Woche und bezieht für die Differenz Bildungsteilzeitgeld, eine Leistung des AMS. Mit dem Geld kommt sie nur aus, weil ihr Partner sie unterstützt. „Sonst hätte ich nur um zehn Stunden reduzieren können.“ Derzeit arbeitet sie zwei Tage die Woche, drei Tage ist sie in der Schule – dazu kommen Praktika, Prüfungen und die schriftliche Arbeit. Warum dieser Aufwand? „Für mich ist Wissen persönliche Weiterentwicklung.“ Beide Frauen lieben ihre körperlich und emotional herausfordernde Arbeit. Aber an den Rahmenbedingungen müsste sich einiges ändern: bessere Entlohnung, mehr Informationen zu Weiterbildungsangeboten samt noch besserer finanzieller Unterstützung und besserer Planbarkeit der Arbeitseinsätze. Doch dazu bräuchte es mehr Personal.

Menschen, die wie Dora und Jasmine in der mobilen Pflege arbeiten, sorgen dafür, dass ältere Menschen länger in ihrem Zuhause bleiben können. Das gehört einfach zum funktionierenden Sozialstaat.

### **Nicht allein gelassen**

„Der Sozialstaat bedeutet für mich, dass ich nicht immer nur für mich selbst sorgen muss, sondern dass mir in einer Krise angemessen geholfen wird“, sagt Alexander Greiner. Der 43-jährige Wiener



**Alexander Greiner hat wieder Grund zum Lachen: Er ist vom Krebs geheilt. Das Gesundheitssystem sei gut, sagt er. Respektvoll behandelt wurde er aber erst, als er privat bezahlte.**

hat im Zuge einer lebensbedrohlichen Erkrankung die Unterstützung des Sozialstaates erlebt, ist aber auch an Grenzen gestoßen. In seiner Altbauwohnung hängt ein Fahrrad an der Decke. Lenker und Sattel sind mittels Seilzug fixiert. „Ich bin echt froh über diesen platzsparenden Fahrradaufzug“, sagt er. Fahrradfahren bedeutet für ihn ein Gefühl von Freiheit. Beim Radfahren war es auch, als er 2015 erstmals eine körperliche Veränderung spürte. „Zuerst habe ich mich männlicher gefühlt – dicke Eier und so –, aber dann habe ich beim Abtasten gemerkt, dass der eine Hoden sehr viel dicker war.“ Er suchte einen Urologen auf, der machte einen Ultraschall. Mit Verdacht auf Hodenkrebs wurde er in ein Spital überwiesen, wo ihm nur zwei Tage später der tumorbehaftete Hoden entfernt wurde. Die nachfolgenden Untersuchungen zeigten, dass sein Körper frei von Metastasen war. Greiner atmete auf: „Für mich war der Krebs damit bis auf die Nachsorge erledigt.“ Nur acht Wochen nach der Operation startete der gelernte Nachrichtentechniker in einen neuen Job: Nach 15 Jahren in der IT- und Unternehmensberatung arbeitete er nun als Barista und hegte Pläne, sich im Kaffee-Business selbstständig zu machen.

Die Nachsorgeuntersuchungen fanden in einem anderen Spital statt. „Dort bin ich mir vorgekommen wie eine Nummer“, sagt Greiner. Wie die Untersuchungen getaktet sind, welche Formulare und Laborzuweisungen nötig sind, musste er weitgehend selbst herausfinden. Ab Frühling 2016 verspürte er Schmerzen in der rechten Schulter, und die Tumormarker stiegen. Rad fahren und klettern konnte er nicht mehr. „Niemand hat eins plus eins zusammengezählt, bis die Tumormarker durch die Decke schos-

sen.“ Im Frühling 2017 erfuhr er, dass der Hodenkrebs gestreut hatte. „Sie haben einen Tumor im Oberarmknochen“, teilte ihm der Radiologe mit. „Das zog mir den Boden unter den Füßen weg“, erinnert er sich. Mit der Therapie hätte er prompt starten können: Als er sich eine zweite Meinung einholen wollte, fuhr sein Arzt ihn an: „Wozu denn?“ „Ich glaube, wir haben verglichen mit anderen Ländern ein gutes Gesundheitssystem. Was ich mir wünschen würde, ist, dass es sich mehr an den psychosozialen Bedürfnissen der Patient:innen orientiert“, sagt Greiner. Erst bei Wahlärzt:innen fühlte er sich als mündiger Patient. „Ich wurde respektvoll behandelt und konnte Fragen stellen, was anscheinend nur geht, wenn du privat zahlst.“ Das sei in einem Sozialstaat wie Österreich unangebracht.

### **Neustart mit Krankheit**

Zwei Wochen nach seiner neuerlichen Krebsdiagnose wurde Alexander Greiner ins AMS-Gründungsprogramm aufgenommen. Davon hatte der damals 37-Jährige geträumt. Das Programm unterstützt bei der Ausarbeitung der Geschäftsidee und übernimmt Kosten für Weiterbildungen. Während der sechsmonatigen Laufzeit und zwei Monate danach erhalten die Teilnehmer:innen ein erhöhtes Arbeitslosengeld. „Damals dachte ich, ich könnte das Programm und die Krebstherapie durchhalten“, schüttelt er heute den Kopf. „Ab dem 3. Chemo-Zyklus fehlte mir jegliche Energie.“ Für Bestrahlung und Chemotherapie wechselte er in ein Spital, wo er sich gut aufgehoben fühlte. Greiner wusste, dass



**Die Väterkarenz ermöglicht es Elmar Drabek, wertvolle Zeit mit seinen Kindern zu verbringen. Anderen Vätern rät er: „Tut es!“**

Hodenkrebs als gut therapierbar gilt, hatte aber finanzielle Sorgen: Seinen Job als Barista hatte er kurz vor der 2. Diagnose gekündigt, das Gründungsprogramm musste er unterbrechen. Damit entfiel auch die Förderung. Krankengeld und Notstandshilfe – Leistungen des Sozialstaats – waren in dieser Zeit wichtig. Doch das Auskommen war schwierig. Apothekenrechnungen, Arztkosten und Therapien ließen die Ersparnisse schrumpfen. Mehr als einmal wünschte er sich ein bedingungsloses Grundeinkommen. Seit fünf Jahren gilt Alexander Greiner als krebsfrei, nun arbeitet er unter anderem im Auftrag der Krebshilfe und als Autor: Die Erfahrungen mit dem Krebs, dem Ärzt:innen-Marathon und der beruflichen Neuorientierung verarbeitete er 2019 in seinem Buch „Als ich dem Tod in die Eier trat“. Inzwischen hat er das AMS-Gründungsprogramm abgeschlossen und startet 2024 mit einem neuen Konzept durch. Seine Arbeit dreht sich nicht mehr um Kaffee, sondern um Gesundheit. Er will als Journalist, Podcaster, Moderator und Buchautor Fuß fassen und Männer für ein gesundheitsbewusstes Leben sensibilisieren. Dazu gehört es auch, auf Vorsorgeprogramme aufmerksam zu machen.

### **Wertvolle Familienzeit**

„Papa, komm!“ Begeistert klettert der fast zweijährige Xaver in das Zelt, das seine Eltern für ihn und seinen Bruder Zacharias im Wohnzimmer aufgestellt haben. Der fünfjährige Zacharias besucht eine Kindergruppe, Xaver geht gerne vormittags mit dem Vater im Prater spazieren oder vergnügt sich auf dem Spielplatz.

Diese wertvolle Zeit mit den Kindern ermöglicht Elmar Drabek die Väterkarenz, während der er kein Arbeitsentgelt bekommt, aber Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld hat. Dabei handelt es sich um eine Leistung aus dem staatlich finanzierten Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Im österreichischen Sozialstaat haben Väter bei rechtzeitiger Meldung Anspruch auf Papamonat und Väterkarenz.

„Meine Frau war eineinhalb Jahre in Karenz, und ich mache die letzten sechs Monate“, sagt der 47-jährige Musiklehrer. Er überlegte, ob er das ganze Schuljahr in Karenz gehen sollte, „aber das habe ich mich finanziell nicht getraut“. Auch bei Xavers älterem Bruder Zacharias blieb er ein halbes Jahr zu Hause. Für ihn ist das selbstverständlich: „Ich möchte bei meinen Kindern sein und meine Frau, die ebenfalls Lehrerin ist, kann so früher wieder arbeiten gehen.“ Sein Arbeitgeber hat problemlos mitgespielt. Drabek ist aber bewusst, dass er als Lehrer privilegiert ist und es etwa für einen kleinen Handwerksbetrieb schwieriger ist, die Karenzzeit zu überbrücken. Wie viele Männer genau in Elternkarenz sind, ist schwer zu sagen. Erhoben wird nur, wie viele Männer Kinderbetreuungsgeld beziehen. Das ist aber nicht eins zu eins dasselbe. Jedenfalls ist die Zahl der Männer, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, seit 2017 rückläufig. Die Mindestdauer der Väterkarenz wurde kürzlich auf zwei Monate festgelegt. Wenn Drabek an seinen Vater denkt, erinnert er sich: „Mein Vater war als Techniker viel unterwegs und oft die ganze Woche nicht da. Das war ein anderes Setting.“ Vätern, die überlegen, ob sie in Karenz gehen sollen, rät er: „Tut es!“ ▀

# Egalitär statt egal

*Angriffe auf den Sozialstaat stehen wieder verstärkt im Fokus der politischen Diskussion. Dies geschieht nicht zufällig. Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl analysiert im Interview, wer den Sozialstaat angreift und welche Absichten dahinterstecken.*

## INTERVIEW ALEXIA WEISS

Diesen Sommer machte Bundeskanzler Karl Nehammer in einem Video von sich reden, das ihn mit Parteifreund:innen in Hallein zeigte: In diesem Kreis empörte er sich über die Armutsdebatte in Österreich, prangerte die hohe Teilzeitquote vor allem von Frauen und hohe Lohnabschlüsse an. „Wenn ich zu wenig Geld habe, gehe ich mehr arbeiten. Weil dann muss ich ja mehr Geld haben“, sagte der Kanzler und empfahl Familien mit Geldsorgen einen Hamburger bei McDonald’s als günstige warme Mahlzeit.

Solche Situationen sind für Natascha Strobl Anlass zur Analyse. Mit ihren Büchern zu sozialen Fragen sowie zur neuen Rechten begeistert die Politikwissenschaftlerin seit Jahren ein breites Publikum. In sozialen Medien, aber auch für das Momentum Institut, liefert sie Analysen zu aktuellen Diskursen und zerlegt nachvollziehbar die politischen Strategien hinter solchen Aussagen. Mit der Arbeit&Wirtschaft sprach Natascha Strobl über das Standing des Sozialstaats und warum es diesen zu verteidigen gilt.

**Arbeit&Wirtschaft: Der Sozialstaat hat viele wirtschaftlich gut durch die COVID-Pandemie getragen, einzelne Personen wie auch Unternehmen. Dennoch kommt nun wieder vermehrt Kritik an einem, wie es gern heißt, Nanny-Staat. Wer sind diese Kritiker:innen?**

**Natascha Strobl:** Da gibt es eine ganze Infrastruktur, die gegen den Sozialstaat agiert.



### NATASCHA STROBL

Die 1985 in Wien geborene Politikwissenschaftlerin beschäftigt sich mit sozialen Fragen sowie dem Erstarken von Konservatismus und rechtem Gedankengut. 2023 erschien ihr neues Buch „Solidarität“ (Verlag Kremayr & Scheriau).

Das sind vor allem Thinktanks, die sich gerne als wissenschaftliche Institutionen tarnen. Diese Einrichtungen gibt es seit mehr als 20 Jahren, und deren Botschaften werden dann von verschiedenen politischen Akteur:innen weitergetragen. So hat sich ein neoliberaler Mainstream eingeschlichen.

### Welche Einrichtungen gehören da dazu?

Ein Beispiel ist hier die Agenda Austria. Da gehören aber auch konservative und liberale Zeitungen dazu. Deren Tenor ist: Es braucht Eigenverantwortung. Statt Verantwortung füreinander zu übernehmen, trage ich nun die Verantwortung für mich selbst. Damit gilt das Solidarprinzip des Sozialstaats nicht mehr.

### Wie wird hier konkret gegen den Sozialstaat argumentiert?

In der neoliberalen Perspektive ist der Sozialstaat ein Bürokratiemonster, das deshalb schädlich ist, weil es die Leute davon abhält, sich selbst für sich stark zu machen und etwas zu erreichen. Die Idee dahinter: Jede:r kann etwas werden, man muss es nur wol-



Neoliberale Thinktanks und konservative Zeitungen fordern Eigenverantwortung statt Verantwortung durch den Sozialstaat – für Natascha Strobl ein gefährlicher Gedanke, denn damit gelte das Solidarprinzip des Sozialstaats nicht mehr.

len. Aber nicht alle haben dieselben Startbedingungen. Wie wir auch wissen, hat Vermögen wenig mit Leistung und oft mit Netzwerken zu tun. Dementsprechend lässt sich diese Grundannahme schnell dekonstruieren. Wer sich genügend anstrengt, wird reich – das stimmt so eben nicht.

#### **Welche Muster sind bei solchen Angriffen auf den Sozialstaat erkennbar?**

Es geht so gut wie immer um Arbeitslose – dabei ist die Arbeitslosenunterstützung eine Versicherungsleistung und keine Sozialstaatsleistung. Es gibt in regelmäßigen Abständen Gastronom:innen oder Hoteliers, die in Medien beklagen, dass sie keine Mitarbeiter:innen finden, und das wird dann mit einer moralischen Anrufung verbunden, im Sinn von: Die Jugend von heute will nicht mehr arbeiten. Das wird unhinterfragt publiziert, ohne nachzuprüfen, wie niedrig Gehälter oder wie schlecht die Arbeitsbedingungen sind. Darauf folgen pseudowissenschaftliche Daten, die untermauern sollen, dass es einen Abbau der sozialstaatlichen Leistungen braucht, damit Menschen Anreize haben, Arbeit anzunehmen. Und das ist nichts, was sich organisch entwickelt, sondern da ist ein politisches Interesse dahinter, dass dieses Thema dann so diskutiert wird, wie es diskutiert wird.

#### **Der Einwand, der immer als Erstes kommt, ist: Das ist ja alles nicht finanzierbar. Doch was wollen jene, die gegen einen starken Sozialstaat auftreten, eigentlich mit dessen Abbau erreichen?**

Das Narrativ ist, dass dann Unmengen von Geld frei werden. Dabei werden die negativen Effekte eines Abbaus des Sozialstaats aber nicht eingerechnet, beispielsweise dass es weniger Mittel für gesundheitliche Prävention gibt oder längere Arbeitszeiten bewirken, dass Menschen krank werden und früher in Pension gehen müssen. Mit solchen Annahmen werden Menschen also für dumm verkauft. Das ist das eine. Das andere ist tatsächlich, dass man von so einem neoliberalen Utopia in einem Pseu-

# „Je größer die Gefahr ist zu fallen, desto mehr werden die Ellenbogen ausgefahren, um ja nicht abzurutschen.“

Natascha Strobl, Politikwissenschaftlerin

do-Dubai träumt und glaubt, der Motor der Veränderung liege bei Manager:innen und Start-ups und diesen müsse man daher das Leben möglichst leicht machen. Das ist zynisch.

**Konservative inszenieren sich gerne als christlich-sozial, Rechte als volksnah und volksfreundlich. Beides würde durch einen starken Sozialstaat unterstützt. Wie passen hier Image und politische Forderungen zusammen?**

Das Interessante ist hier ja tatsächlich, dass es auch von konservativer Seite her eine lange Tradition gibt, den Sozialstaat zu schützen. Davon hat sich nur in Teilen der Kirchen noch etwas erhalten. In den konservativen Parteien zählt nur mehr das liberale Dogma. Der Neoliberalismus hat aber auch den Volksgemeinschaftsgedanken der Rechten abgelöst und selbst linke sozialdemokratische Kreise durchdrungen, wenn auch nicht so stark wie die Kreise der Rechten und Konservativen. Wenn man sich die Rechte anschaut, stand da allerdings immer schon der sozialdarwinistische Gedanke im Mittelpunkt – wer nichts leistet, kann auch nicht Teil der Volksgemeinschaft sein.

**Almosen versus Rechtsanspruch auf eine gesicherte Existenz von der Geburt bis zum Tod: Wo auf dieser Skala befindet sich Österreich derzeit?**

Global gesehen steht Österreich gut da. Aber der Sozialstaat hat in den vergangenen Jahren doch gelitten. Die Zerschlagung der Sozialversicherung ist problematisch. Die Geschlechterungerechtigkeit ist ein ganz großes Problem, da sind skandinavische Länder viel weiter. Mit dem hiesigen Kindergeld auszukommen ist zum Beispiel schwer, wenn man sich vom Partner trennen will. Auch bei der Kinderarmut gibt es in Österreich noch viel zu tun. Und alles, was es im Unterschied zu anderen Ländern gibt, muss eben gegen Angriffe verteidigt werden.

**Woran denken Sie da konkret?**

Bei aller berechtigten Kritik am Gesundheitssystem: Es gibt keine Ambulanzgebühren, und man muss nicht bei jedem Arztbesuch etwas zahlen. Die Arbeitslosenversicherung garantiert, dass man nicht gleich ins Bodenlose fällt. Das sind Dinge, die man verteidigen muss.

**Angegriffen wird aber nicht nur der Sozialstaat an sich, sondern auch Institutionen, die für ihn eintreten, wie etwa die Arbeiterkammer. Wer steht hinter diesen Attacken?**

Es ist ja interessant: Es geht nie um die Rechtsanwaltskammer, die Wirtschaftskammer oder die Landwirtschaftskammer. Es geht immer um die Organisation, die

die Interessen von Arbeitnehmer:innen vertritt: die Arbeiterkammer. Warum? Weil hier Millionen Menschen organisiert sind. Das bedeutet auch politische Macht. Das zu sprengen würde bedeuten, dass das Kapital gegenüber den Arbeitenden unheimlich an Macht gewinnt. Dementsprechend stehen hier auch die Interessen des Kapitals dahinter. Man will nicht, dass sich die Menschen, die es sich selbst nicht richten können, zusammmentun. Jede bzw. jeder für sich alleine wäre in einer schwächeren Position. Da geht es auch um die vielen Leistungen, die die Arbeiterkammer anbietet, die Beratungen, aber auch die Vertretung vor dem Arbeitsgericht. Diese Rechtsvertretung könnten sich die wenigsten leisten.

**Wem würde die Schwächung von Institutionen wie Arbeiterkammer und Gewerkschaften nützen?**

Ganz klar der Kapitalseite. Wenn man nicht mit dem ÖGB, sondern kleinen privaten Gewerkschaften verhandelt, die immer nur ein paar Leute vertreten, kann man diese leichter gegeneinander ausspielen.

**Mit solchen Kampagnen geht auch immer der Versuch einer Spaltung einher. Wer profitiert von einer potenziellen Spaltung, vom Ausspielen verschiedener Gruppen?**

Es profitieren die, die keine demokratische Masse brauchen, sondern die Partikularin-



**Der Sozialstaat habe in den vergangenen Jahren sehr gelitten, sagt Natascha Strobl.  
Die Zerschlagung der Sozialversicherung etwa sei ein großes Problem.**

teressen vertreten, die demokratisch eigentlich gar nicht durchzubringen sind, weil sie keine Mehrheiten bekommen würden. Je mehr man die Gesellschaft fragmentiert, umso schwieriger ist es für die:den Einzelne:n, alles zu überblicken, und umso mehr bleiben Hilflosigkeit und Ohnmacht. Und genau das sind die gesellschaftspolitischen Verwerfungen des Neoliberalismus. Als Einzelne:r ist man überwältigt und weiß nicht mehr, ob es überhaupt noch einen Sinn hat, dagegen anzukämpfen und sich mit anderen zusammenzutun. Das ist im Ergebnis zutiefst antidemokratisch und führt zu Kämpfen am Arbeitsplatz oder sonst wo. Von Vereinzelung profitieren jene, die Wirtschaftsinteressen durchbringen wollen, also die Kapitaleseite. Sie machen den Einzelnen Angst und können sie mit Emotionen überwältigen. Da sind wir dann auch bei der extremen Rechten. Ihnen geht es um Stimmenmaximierung und Macht.

#### **Warum kommt die Rechte trotz solcher Strategien zu vielen Stimmen?**

Während die demokratische Lösung etwas ist, wo ich mich bewusst für etwas entschei-

den kann, wo ich bewusst an etwas teilnehmen kann, werde ich durch die extreme Rechte von Angst überwältigt und schließe mich einer Masse an. Diese vermeintlich diskriminierte Masse ist dann der Mob, der um sich schlägt und nach einem Sündenbock sucht. Die extreme Rechte braucht die Menschen in genau diesem Zustand. Aber das ist demokratiezersetzend. Warum Menschen dennoch darauf anspringen? Das sind psychologische Mechanismen, die dann soziale Dynamiken bewirken.

**Das Gegenkonzept lautet Solidarität. Doch der Begriff wird in konservativen, aber auch liberalen und rechten Kreisen wie ein Synonym für Sozialismus oder gar Kommunismus verwendet. Warum ist das so?**

Weil man das Prinzip lächerlich machen will. Der Begriff wird als antiquiert hingestellt, das klinge so nach 19. Jahrhundert und Maschinenstürmern. Solidarität ist nicht einfach nur Altruismus. Solidarität hat etwas mit Gegenseitigkeit zu tun: Ich helfe anderen, aber auch mir wird geholfen. Und ich finde, es ist ein legitimer Gedanke zu sagen, ich schließe mich an, weil ich

abgesichert sein will. Das ist Unterstützung auf Augenhöhe – und der Unterschied zum Charity-Prinzip.

#### **Inwiefern würden von einer solidarischen Gesellschaft alle profitieren?**

Egalitäre Gesellschaften bewirken auch, dass Menschen weniger Abstiegsängste haben, auch vermögende Menschen. Je größer die Gefahr ist zu fallen, desto mehr werden die Ellenbogen ausgefahren, um ja nicht abzurutschen. Wenn aber alles sanft und egalitär ist, tue ich mich auch nicht schwer, mir einmal eine Auszeit zu nehmen. Dann kann ich auch eine Zeit lang arbeitslos sein und mir in Ruhe einen neuen Arbeitsplatz suchen. Wenn ich bei so einer Entscheidung aber Angst habe zu fallen, kann das auch krank machen, und man brennt aus. Dann bleiben Menschen unglücklich in ihrem Job, machen diesen eher schlecht und sehen jede andere Person als Konkurrenz. Und auch Leute, die ganz oben sind, müssen immer Angst haben, dass die unten irgendwann mit Fackeln und Heugabeln vor der Tür stehen. Je egalitärer eine Gesellschaft ist, umso besser ist es also für alle. ▀

# Finland

## und der Rechts-Bruch

*Streichung von Kinderbeihilfen, Kürzung des Arbeitslosengeldes und Angriffe gegen Migrant:innen, Arbeitnehmer:innen und die Sozialpartnerschaft: Die neue rechte Regierung in Finnland zeigt, wie schnell der Wohlfahrtsstaat zerstückelt werden kann.*

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Seit April 2023 ist in Finnland eine neue Rechtsregierung an der Macht. „Die Angriffe der Regierung gegen den Wohlfahrtsstaat sind außergewöhnlich“, sagt Pekka Ristelä, der das internationale Büro des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK leitet. Die Gewerkschaften werden nicht angehört, der seit Jahrzehnten in dem nordischen Land bestehende Pfad der Sozialpartnerschaft sei auf drastische Weise verlassen worden. Auch der Widerstand der finnischen Gewerkschaftsbewegung dagegen sei ungewöhnlich. „Für Beispiele derartiger Kampfmaßnahmen müsste man bis in die 1950er-Jahre zurückgehen.“

### Rechts überholt

Ristelä spielt damit auf jene gewerkschaftlichen Kämpfe an, mit denen finnische Arbeitnehmer:innen ursprünglich den Sozialstaat errangen, der nun von der Regierung radikal infrage gestellt wird. Die geplanten Veränderungen gehen auf einen Wandel in der langfristigen Denkrichtung bei den Industrie-Unternehmen zurück, wie Ristelä erklärt. „Selbst in den 1990er-Jahren, als

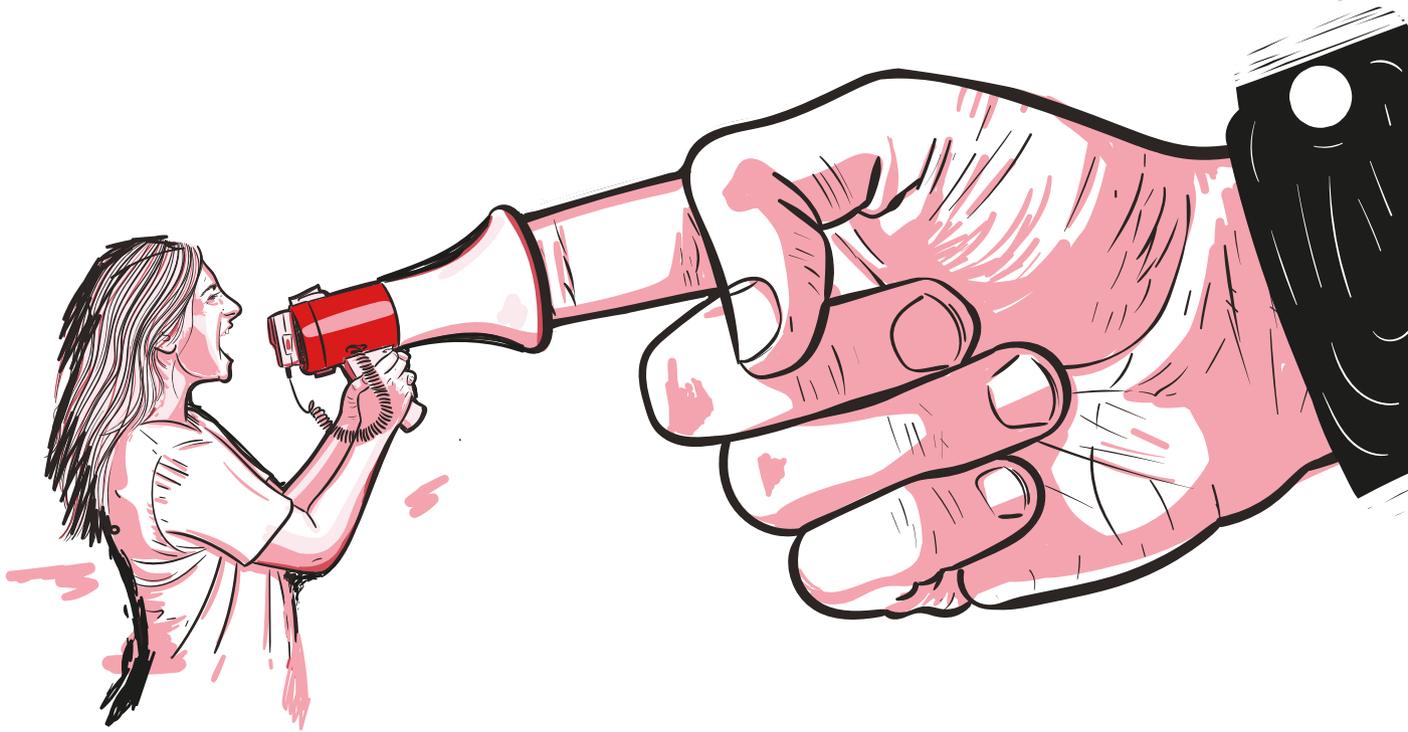
in anderen Ländern viele neoliberale Reformen durchgeführt wurden, gab es unter den finnischen Arbeitgeber:innen einen positiven Konsens in Bezug auf die finnische Sozialpartnerschaft.“ Doch damit sei nun Schluss. „In den letzten Jahren verbreitete sich zunehmend die Ansicht, das sozialpartnerschaftliche System sei zu unflexibel. Unternehmen sollen rechtlich mehr Verhandlungsspielraum kriegen.“

Ristelä meint damit die Tradition des Drei-Parteien-Dialogs, der einen zentralen Pfeiler der finnischen Sozialpartnerschaft bildet. Dieser Dialog findet anlassbezogen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeber:innen und der Regierung statt. In den Treffen wird nicht nur über die Löhne in den verschiedenen Branchen verhandelt, sondern auch neue Gesetzesvorschläge kommen hier zur Debatte auf den Tisch. In der Vorbereitung ihrer geplanten neuen Gesetze hat die neue finnische Regierung den Drei-Parteien-Dialog links liegen gelassen, also ignoriert. Den Sozialpartner:innen wurden lediglich die schon fast fertigen Reformpläne der Regierung zur Ansicht vorgelegt. Ergebnisoffene Verhandlungen darüber gab es keine. Allein dies ist für die finnischen Ge-

werkschaften schon ein Affront und Grund zur Beunruhigung.

### Sozialabbau und Skandale

Und sonst? Da ist die neue Regierung bereits skandalbehaftet. Neben der Nationalen Sammlungspartei, der Schwedischen Volkspartei und den Christdemokraten sind an ihr auch die Rechtspopulist:innen der Finnenpartei beteiligt. Diese in etwa mit der FPÖ in Österreich vergleichbare Partei erhielt bei den Wahlen 20,06 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit lag die Partei auf dem zweiten Platz, nur sehr knapp hinter der Nationalen Sammlungspartei (20,82 Prozent). Das offen rechtsextreme Gedankengut der Finnenpartei macht sich bereits bemerkbar. So kam es nur zwei Wochen nach Regierungsantritt zu einer ersten Krise, weil Wirtschaftsminister Vilhelm Junnila von der Finnenpartei offen Sympathien für Adolf Hitler bekundete. Nach einem Misstrauensvotum im finnischen Parlament musste er zurücktreten. Junnila mag ein drastisches Beispiel sein, doch von allen Regierungsmitgliedern der Finnenpartei sind rassistische und teils frauenfeindliche Aussagen belegt.



Wie auch in Österreich gehen die Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat mit rückwärtsgewandten Ansichten einher. Kein Wunder, sind doch vor allem arme Menschen, Erwerbslose und Frauen von den sogenannten Reformen betroffen. Unter anderem werden Kinderbeihilfen aus der Unterstützung für Erwerbslose gestrichen, während man gleichzeitig die Wartefrist bis zum Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung verlängert. Nach zwei Monaten Erwerbslosigkeit soll das Arbeitslosengeld zukünftig um 20 Prozent gekürzt werden. Zudem müssen Erwerbslose ihren gesamten Resturlaub aufbrauchen, bevor sie um Beihilfen ansuchen können. Beihilfen für ältere erwerbslose Menschen werden genauso angegriffen wie Wohnbeihilfen oder Beihilfen für die Weiterbildung von Erwachsenen. Ebenso stehen Transferleistungen im Visier der Regierung, einkommensbezogene Leistungen werden gekürzt. Menschen ohne finnischen Pass müssen zukünftig nach dreimonatiger Erwerbslosigkeit das Land verlassen.

Am Arbeitsplatz sieht die Regierung Lockerungen beim Kündigungsschutz vor. Kranke bekommen für ihren ersten Krankheitstag kein Gehalt mehr ausgezahlt. Die

Hürden für befristete Arbeitsverhältnisse werden gesenkt. Bislang mussten Betriebe für Befristungen immer besondere Gründe angeben, nun entfällt diese Verpflichtung, wenn die Befristung kürzer andauert als zwölf Monate. Die bislang bestehende Wiedereinstellungspflicht wird für Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeiter:innen abgeschafft. „Heuern und feuern“ wird dadurch vereinfacht, die Solidarität von Kolleg:innen untereinander geschwächt.

### **Strafzahlungen für Gewerkschaften**

Um Arbeits- und Sozialstandards derart zu schwächen, braucht es auch Einschränkungen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit, wie Pekka Ristelä erklärt: „Die eine Säule der Regierungsreformen besteht in den Angriffen auf den Sozialstaat. Die zweite Säule beinhaltet weitreichende Änderungen in der Art, wie Kollektivverträge ausgehandelt werden, sowie Begrenzungen beim Streikrecht.“ Eine Reihe dieser Einschränkungen ist bereits im Herbst 2023 in Kraft getreten, wohl um den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die geplanten Sozialreformen

bereits präventiv zu schwächen. Geplant ist zudem eine Beschränkung sogenannter politischer Streiks auf eine zulässige Höchstdauer von nur einem Tag. Das Recht auf Solidaritätsstreiks zur Unterstützung streikender Kolleg:innen in anderen Branchen wird ebenfalls eingeschränkt. Für die Teilnahme an „illegalen“ Streiks drohen Einzelpersonen Geldstrafen in Höhe von 200 Euro. Einzelgewerkschaften können für die Durchführung „illegaler“ Streiks mit Strafen von bis zu 150.000 Euro belangt werden.

Pekka Ristelä sieht hier einen potenziellen Bruch international geltender Konventionen. „Als Gewerkschaftsbund haben wir bereits die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bei der UNO über die Vorgänge in Finnland, insbesondere die Einschränkungen beim Streikrecht, was Solidaritätsstreiks und politische Streiks angeht, informiert.“ Um den Widerstand gegen die unsoziale Politik zu stärken, braucht es jetzt vor allem internationale gewerkschaftliche Aufmerksamkeit. „Wir haben viele Unterstützungserklärungen von europäischen Gewerkschaften erhalten, auch aus Österreich. Das freut uns!“, sagt Ristelä, der sich auf einen langen Kampf einstellt. ▀

# Papa, wo bist du?

*Männer und die Elternkarenz – ein Trauerspiel. Von Halbe-Halbe ist man(n) in Österreich bei der Kindererziehung und Care-Arbeit noch immer weit entfernt. Ist das vorherrschende Männerbild für die niedrige Quote verantwortlich?*



TEXT STEFAN MAYER

Vor fast 40 Jahren sang Herbert Grönemeyer: „Männer kriegen keine Kinder, Männer kriegen dünnes Haar, Männer sind auch Menschen, Männer sind etwas sonderbar.“ Mit seinem Lied „Männer“ sprach Grönemeyer ironisch das vorherrschende Männerbild in Westdeutschland an, das sich kaum von jenem in Österreich unterschied.

Jahrzehnte später hat sich der gesellschaftliche Blick auf die Männerwelt zwar in vielen Bereichen geändert, doch manche Zuschreibungen halten sich hartnäckig – etwa, dass Männer mutig, risikobereit und abenteuerlustig seien, Frauen hingegen einfühlsam, geduldig und mit angeborenem Familiensinn ausgestattet.

Was soll das sein, ein Sinn für Familie? Fest steht, dass Männern eine wichtige Rolle in der Kindererziehung zukommt, aber nur wenige diese Chance nützen. In ernüchternden Zahlen ausgedrückt: 2018 gingen nur 13 Prozent der Männer in Elternkarenz, wie das Wiedereinstiegsmonitoring der Arbeiterkammer Wien zeigt. Die Argumente für kurze oder gar keine Karenz sind bekannt: Da wäre einerseits das Einkommen – viele Männer verdienen nach wie vor mehr als Frauen –, und zum anderen sind es verstaubte Rollenbilder, die Väter von der Elternkarenz „abhalten“.

## Klischeehaft maskulin

„Wenn Männer Karenz oder den Papamonat beantragen, schlägt ihnen in Betrieben oft Widerstand entgegen“, sagt Nadja Bergmann, die bei L&R Sozialforschung zu den Themen Gleichstellung und Arbeitsmarkt forscht. Kindererziehung werde nach wie vor Frauen zugeschrieben, auch wenn die Österreicher:innen sich nach außen hin gerne offen zeigen.

Erich Lehner ist Männerberater. In seiner Arbeit als Obmann des Dachverbands für Männer-, Burschen- und Väterarbeit sowie als Psychoanalytiker setzt er sich mit Rollen auseinander, die wir Männern und Frauen zuschreiben. Diese Klischees, aber auch wie unsere Erwerbsarbeit strukturiert ist, prägen unser Denken. „Trotz aller gesellschaftlichen Änderungen besteht nach wie vor ein sehr traditionelles Frauen- und Mutterbild, das die Versorgung von Kindern mit Frausein und Muttersein verbindet. Demgegenüber dominiert ein Männerbild, das eine dominante, konkurrenzorientierte Männlichkeit bevorzugt. Diese Männlichkeit soll am besten innerhalb der Erwerbsarbeit ausgelebt werden.“

### Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Das angesprochene Männerbild „harmoniert“ bestens mit den Faktoren Macht, Konkurrenz und Berufstätigkeit. Sorgearbeit für die Kinder zu leisten spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Das erschließt sich einem sofort, wenn man einen Blick auf die Zahlen zu den Karenzzeiten von Statistik Austria für das Jahr 2021 wirft: Bei 43,5 Prozent aller Paare mit Kindern unter 15 Jahren arbeiteten Männer in Vollzeit und Frauen in Teilzeit. Umgekehrt sind es nur 4,4 Prozent aller Fälle. „Unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit haben in unserer Gesellschaft leider noch immer nicht den Stellenwert, den sie eigentlich haben sollten, und sind in Österreich nach wie vor eher weiblich konnotiert“, so Nadja Bergmann. Doch viele Männer wollen heute mehr für ihre Kinder da sein, als es beispiels-

*„Wenn Männer Karenz oder den Papamonat beantragen, schlägt ihnen in Betrieben oft Widerstand entgegen.“*

Nadja Bergmann,  
Soziologin bei L&R Sozialforschung

weise ihre Väter bei ihnen waren. Der Wunsch, es besser oder anders zu machen, lebt in vielen Männern. „Bei diversen Umfragen lässt sich diese Tendenz erkennen. Auch bekunden viele Männer, dass sie bereit wären, zugunsten ihrer Kinder Berufsarbeit zu reduzieren und in Karenz oder Elternteilzeit zu gehen. Allerdings stellt für all diese Absichten die berufliche Verfügbarkeit eine klare Grenze dar“, erklärt Lehner. Vorherrschende Männerbilder und Klischees sind Ursachen dafür, dass es am Ende dann oft bei einer Bereitschaft bleibt. „Problematisch sind die Strukturen der Arbeitswelt. Diese setzen auf den berufstätigen Mann, der seine Sorgerepflichtungen, die er beispielsweise gegenüber den eigenen Kindern oder auch gegenüber kranken, alten und sterbenden Familienmitgliedern hat, vor allem an Frauen abgibt“, sagt der Psychoanalytiker.



**Erich Lehner ist Obmann der Männerberatung und Psychoanalytiker. Ihn stören Strukturen in der Arbeitswelt, die Männer an einer Elternkarenz hindern.**

### Papa als Role-Model

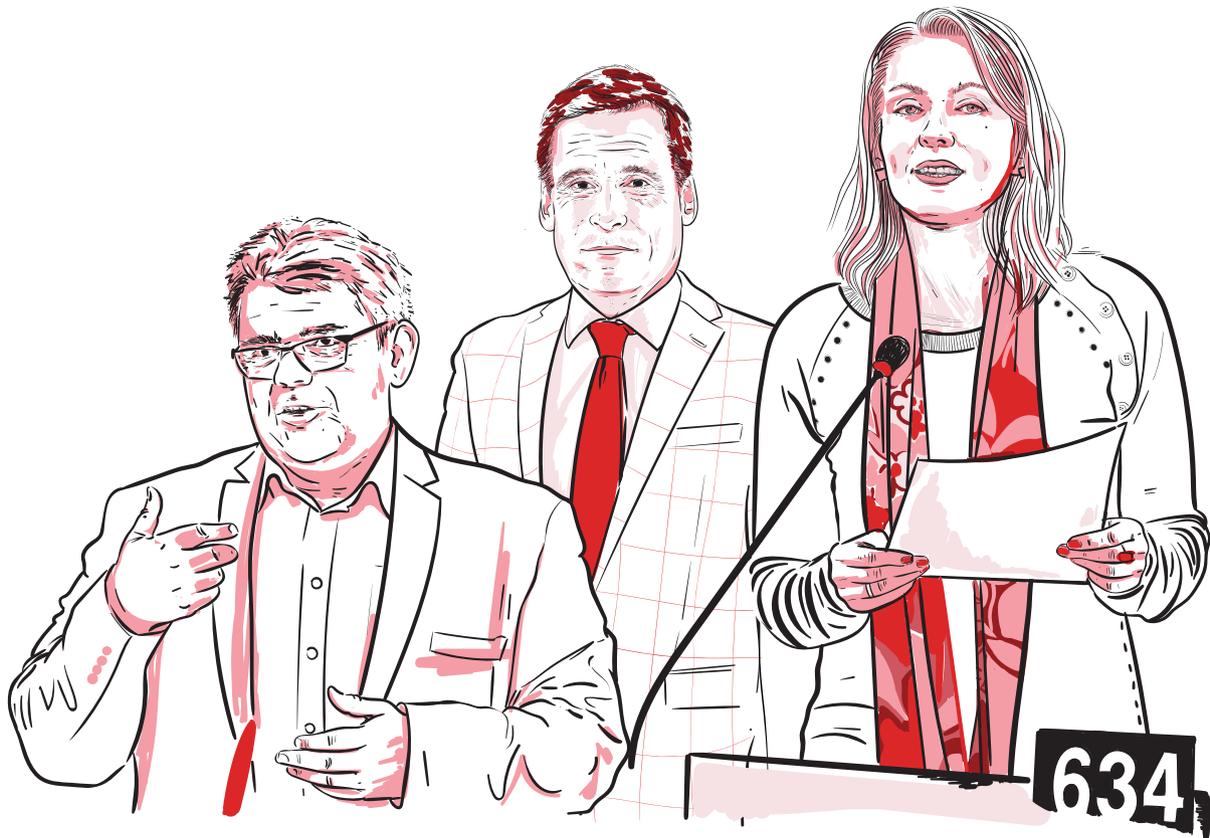
Welche Vorzüge hätte es nun, würden mehr Männer das klassische Rollenbild aufbrechen? „Wenn Männer vermehrt der Verantwortung der Care-Arbeit nachkommen, dann schaffen sie dadurch ein modernes Männerbild“, meint Lehner. Papa kann ein Role-Model sein, und davon profitiert letztlich die ganze Familie: Kinder, Frauen und Männer. Die Vater-Kind-Beziehung würde sich vertiefen, und Männer würden soziale Kompetenzen erweitern, die auch im Berufsleben wichtigen sind. „Das Engagement von Männern in der Familie brächte ihnen vermehrte Lebensqualität, verbesserte Gesundheit, weniger psychische Erkrankungen wie Depression und Suizidgedanken sowie eine verbesserte Beziehungsqualität zu den Partnerinnen“, zählt Lehner auf. „Zudem ist erwiesen, dass Gleichstellung in der Familie Gewalt in der Familie reduziert.“ Und was hätten Frauen davon? Ihnen stünden mehr Möglichkeiten in der Berufswelt offen, wodurch sie auch in der Öffentlichkeit sichtbarer wären.

Damit zukünftig mehr Männer ihre Chance auf Elternteilzeit nutzen, muss sich das Männerbild ändern. Viele Männer trauen sich bereits, die Erwerbsarbeit eine Zeit lang ruhend zu stellen und die Kindererziehung in den Vordergrund zu rücken. Sie sind Role-Models für andere Väter. Das Schließen des Gender-Pay-Gaps, Imagekampagnen und ein breiter gesellschaftlicher Diskurs sind ebenso notwendig. „So kann sorgeorientierte Männlichkeit gesellschaftlich plausibel gemacht werden. Und ganz besonders braucht es Maßnahmen in den Betrieben, Unternehmungen und Institutionen. Sie sollten proaktiv ihre Mitarbeiter:innen hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen“, rät Lehner. ▀

# Sozialpolitisches Power-Trio

*Evelyn Regner, Wolfgang Katzian und Oliver Röpke stärken den sozialen Dialog auf europäischer Ebene – und damit auch die Demokratie. Ihre Erfolge und Anliegen im Überblick.*

TEXT MARGARETHA KOPEINIG



Was für eine Konstellation: Gleich drei einflussreiche gewerkschaftliche Akteur:innen aus Österreich sind federführend für soziale und beschäftigungspolitische Anliegen in Brüssel tätig: Evelyn Regner, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Wolfgang Katzian, ÖGB-Chef und Boss des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), sowie Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirt-

schafts- und Sozialausschusses (EWSA), sind das Power-Trio auf oberster europäischer Ebene. Und sie arbeiten auch eng zusammen: „Wir stimmen uns regelmäßig ab. Der direkte Draht funktioniert, wenn es um Beschäftigte geht“, erklärt Katzian das gemeinsame Engagement.

Die Kooperation der Dreierspitze und die Ergebnisse ihrer Arbeit finden Gefallen – auch in der EU-Kommission. „Sie brin-

gen die Kultur des sozialen Dialoges ein“, betont Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und Sozialpolitik. Gerade im permanenten Krisenmodus der EU, in der transformative Herausforderungen zum Dauerzustand geworden sind, setzen Regner, Röpke und Katzian wichtige Signale.

Globale Umwälzungen und aufstrebende Technologien wie die künstliche Intelligenz verändern Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Ge-

sellschaft. Hinzu kommt der demografische Wandel. All das wirft Fragen nach dem Stellenwert und der Mitsprache von Arbeitnehmer:innen auf. Die Frage, ob Regierungen auch künftig den Sozialstaat finanzieren werden, macht immer mehr Menschen Angst.

## **Mindestlohn, Lohntransparenz, Frauenquote**

Auf diese Entwicklungen reagieren Katzian, Regner und Röpke. Zuletzt konnten wichtige politische Fortschritte im Sozialbereich erzielt werden: Die Richtlinie zum gesetzlichen Mindestlohn zwingt Niedriglohnländer, die Gehälter anzuheben. An der Einigung waren Regner und Röpke maßgeblich beteiligt. Hierzulande sind Mindestlöhne in so gut wie allen Branchen durch Kollektivverträge geregelt (98 Prozent). Dieses österreichische Modell gilt für EU-Kommissar Schmit als Vorbild für Europa.

Wolfgang Katzian wurde im Mai 2023 zum EGB-Präsidenten gewählt. Inhaltlich fordert er „wirksame Maßnahmen, um die Inflation zu bremsen und die Lebenskosten zu senken“. Auch der umstrittene Schuldenabbau in der EU lässt ihn nicht los. Katzian wendet sich entschieden gegen die Austeritätspolitik. „Die neuen Pläne der EU-Kommission sind faktisch eine Neuauflage des alten Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Belgien drohen harte Maßnahmen und Haushaltskürzungen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr. Die angekündigten Sparmaßnahmen werden vor allem Arbeitnehmer:innen treffen.“

Für ein neues Wirtschafts- und Sozialmodell setzt sich Evelyn Regner ein. Im Fokus ihrer Arbeit stehen Frauen- und Gleichstellungsthemen, wie das Schließen der Lohnschere. Als Haupterrungenschaft der laufenden Amtszeit nennt sie die verbindliche Frauenquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen. „Zehn Jahre lag die Richtlinie auf Eis“, jetzt freut sie sich, dass „Frauen nun endlich die gläserne Decke durchbrechen können“.

Über Parteigrenzen hinweg ist Regner für ihre Bemühungen gegen Steuerhinterziehung und Korruption bekannt. Sie war Hauptverhandlerin für die Konzernsteuertransparenz-Richtlinie, noch in dieser Legislaturperiode will sie eine neue Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmensgruppen unter Dach und Fach bringen. Künftig sollen Konzerne nicht nur offenlegen, wo sie ihre Steuern zahlen, sie sollen auch eine einheitliche Steuerbemessungsgrundlage bekommen.

Bekannt als Jeanne d’Arc im Kampf gegen Geldwäsche arbeitet Regner auch an einem Anti-Geldwäsche-Paket. „Innerhalb dieser neuen EU-Gesetze zur Anti-Geldwäsche ist auch ein neues EU-Amt vorgesehen, die Anti-Geldwäsche-Behörde.“

EU-Parlament, Rat und Kommission ringen gerade um ein progressives Lieferkettengesetz. „Es geht um einen Paradigmenwechsel“, sagt Regner, die an den Verhandlungen beteiligt war. Mit dem Gesetz soll Last von den Konsument:innen genommen werden. Im Supermarkt oder im Geschäft soll jede bzw. jeder wissen, welche Ware reinen Gewissens gekauft werden kann. „Alle Produkte, die auf dem europäischen Markt angeboten werden, müssen menschenrechtskonform und gemäß allen Umweltkriterien hergestellt werden.“

## **EWSA: Anwalt der Beitrittskandidaten**

Oliver Röpke bringt an der Spitze des EWSA neue Dynamik in das beratende Gremium. Als erste Institution der EU hat er eine neue Gruppe „Jugend“ eingerichtet, denn nur wenige Vorschläge der EU-Kommission werden aus der Perspektive junger Menschen untersucht. „Mit einem EU-Jugendtest werden die Auswirkungen politischer Regelungen auf Jugendliche analysiert und ihre Bedürfnisse berücksichtigt.“ In Österreich und Deutschland gibt es bereits einen Jugend-Check, in vielen anderen Ländern noch nicht.

Auf großes Interesse in Brüsseler Institutionen stößt Röpkes Initiative, den

EWSA stärker zum Anwalt der Beitrittskandidaten zu machen. „Wir müssen in diesen Ländern proaktiv die zivilgesellschaftlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Strukturen verbessern und sind die erste EU-Institution, die Arbeitnehmer:innen- und Arbeitgeber:innenverbände in ihre Arbeit einbindet“, erklärt Röpke. Soziale Standards sind auch Teil des EU-Besitzstandes und werden in den Beitrittsverhandlungen genau überprüft.

Was die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Frieden angeht, sind sich Katzian, Regner und Röpke einig: „Das ist für uns ein Schwerpunkt. Wir unterstützen diese Bemühungen und tun alles, um Rechtsextremismus und andere antidemokratische Strömungen zu verhindern“, sagt der EGB-Chef.

Oliver Röpke unterstreicht diese Haltung: „Der Mix aus Sozialpartnerschaft, hoher Tarif- bzw. Kollektivvertragsbindung und verbrieften Mitbestimmungsrechten trägt wesentlich zu einer widerstandsfähigen Demokratie bei. ▶

## **& INFO**

### **Folgende sozialpolitische EU-Regelungen wurden zuletzt erreicht:**

- EU-Richtlinie zum europäischen Mindestlohn
- EU-Richtlinie zu Lohntransparenz

### **In Verhandlung:**

- EU-Gewaltschutzpaket
- Regulierung und Schutz von Beschäftigten der Plattformarbeit (EU-Kommission geht von 20 Millionen Scheinselbstständigen in der EU aus)
- Aktionsplan der sozialen Rechte
- Soziales Fortschrittsprotokoll (Vorrang von wirtschaftlichen Freiheiten im Binnenmarkt vor sozialen Grundrechten beenden)
- Regelungen für künstliche Intelligenz

# Der Sozialstaat im Visier

*Warum die Angriffe auf den Sozialstaat weder überraschend noch außergewöhnlich sind und immer wieder neu gestartet werden – und warum die Gewerkschaftsbewegung dabei ganz oben auf der Liste der Feindbilder steht.*

TEXT BRIGITTE PELLAR

Der Sozialstaat ist die große Erfindung der Arbeiter:innenbewegung. Ohne Organisationen, die die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten, ohne Gewerkschaften, würde es diese Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft gar nicht geben. Das Ausformen des Sozialstaats als Demokratiemodell und die Gegenoffensive – beides begann in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg. Die junge österreichische Republik legte unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung und mit starkem Rückhalt in den Gewerkschaften die Grundlagen für den demokratischen Sozialstaat.

## Starke Geschoße aus dem rechtskonservativen Lager

Jene, die deshalb um ihre Privilegien fürchteten, hielten dagegen und bekamen Schützenhilfe von Experten, die ihnen die Werkzeugkiste für ihre Argumentationen lieferten.

Ludwig Mises, Leiter der Finanzabteilung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, der späteren Wirtschaftskammer, gab die Linie vor: An den Konjunkturschwankungen seien nicht Fehlentwicklungen der kapitalistischen Wirtschaft schuld, Wirtschaftseinbrüche seien zur Anpassung an die Marktbedürfnisse notwendig. Entlassungen, Arbeitslosigkeit, weniger Lohn und Unternehmenspleiten seien notwendige Begleiterscheinungen dieses „Reinigungsprozesses“. Als Berater der rechtskonservativen österreichischen Regierungen

unterstützte er deshalb massiv deren „Austerity“-Politik, eine strenge Sparpolitik zulasten der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, um eine auf den Finanzmärkten akzeptierte starke Währung zu schaffen. Der Staat dürfe, predigte Mises, nur eingreifen, um den „freien Markt“ zu schützen. Der Streik, „die Waffe der Gewerkschaften“, sei eine „gewaltsame Erpressung“, schrieb er 1922. Die Gewerkschaften hätten „an der Besserung der Lage der Arbeiter nicht das geringste Verdienst gehabt“, sie seien im Gegenteil schädlich, die „Zerschlagung des Arbeitsmarktmonopols der Gewerkschaften“ müsse daher ein vorrangiges Ziel sein. Die Befolgung solcher Ratschläge in der Politik hatte hierzulande bittere Konsequenzen.



Metaller-Kollegen beim Abwehrstreik gegen Pensionsraub 2003.



Während die meisten Staaten, ob Demokratien oder Diktaturen, die Folgen der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren durch Staatseingriffe ganz gut in den Griff bekamen, ging es der großen Mehrheit der Menschen im austrofaschistischen Österreich immer schlechter. Das erleichterte Hitler die Imagewerbung für sein nationalsozialistisches „Drittes Reich“ ungemein. „Wenn schon Diktatur“, sagten sich die Menschen, „dann wenigstens eine, die etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternimmt.“

### **Neoliberalismus – das neue politische Leitbild**

Nach dem Schock des Zweiten Weltkriegs bekam der Sozialstaat in der Politik einige Jahrzehnte wieder Zulauf. Ein Zusammenleben in der Gesellschaft, bei dem die Interessen der Vielen nicht ganz beiseitegeschoben werden und Gewerkschaften genügend Handlungsspielraum haben, schien der beste Weg, um eine weitere globale Katastrophe zu verhindern. Der Dichter Thomas Mann sprach es damals aus: „Die soziale Erneuerung der Demokratie ist Bedingung und Gewähr ihres Sieges.“ Aber gerade, weil die Verwirklichung des Modells Sozialstaat ein Erfolg zu werden versprach, begann die Gegenoffensive sofort, zunächst fast unbemerkt, dann immer offener, bis sie ab den 1980er-Jahren den Sozialstaat als politisches Leitbild verschwinden ließ. Ersetzt wurde es durch eine Philosophie mit sehr unterschiedlichen Ansätzen, deren Kern man als „Neoliberalismus“ umschreiben kann, auch wenn ihre Anhänger:innen das nicht gerne hören, weil sie sich als die einzigen wahren Verteidiger:innen der menschlichen Freiheit begreifen. Das Ziel von mehr Gerechtigkeit und Gleichheit sei immer mit Verteilungspolitik verbunden, Umverteilung sei aber Raub an den Reichen und deshalb eigentlich kriminell und würde die Freiheit einschränken.

### **Heute: Gnade statt Menschenrecht**

Anders als in den 1920er- und 1930er-Jahren bezeichnet heute zwar fast niemand mehr Fortschritte in der Sozialpolitik als „sozialen Schutt“, der so rasch wie möglich zu beseitigen wäre, aber das Ziel jener, die eine Politik im Interesse der Vielen verhindern wollen, hat sich nicht geändert. Heute heißt es zum Beispiel: „Natürlich soll niemand hungern, aber für alle, die sich kein gesundes Bio-Essen leisten können, gibt es ja Fleischlaberl-Semmeln einer Fastfoodkette.“ Man sagt nicht wie damals: „Gewerkschaften sind für die Wirtschaft schädlich.“ Man empfiehlt „Lohnzurückhaltung“ anstelle von Inflationsbekämpfung. Man hält soziale Sicherheit für Gnade, nicht für ein Menschenrecht. ►

## ***Klare soziale Peilung gefordert!***



**SILVIA HRUŠKA-FRANK**  
DIREKTORIN DER ARBEITERKAMMER WIEN

**A**n sich liegen die Fakten schon lange klar auf dem Tisch: Die soziale Frage akzentuiert sich selbst in einem „reichen“ Land wie Österreich in dramatischer Form neu! Das zeigen uns aktuelle Berichte zur sozialen Lage und Sozialpolitik, der AK-Wohlstandsbericht 2023 oder das Krisenfolgenmonitoring im Sozialministerium, das jedes Quartal neu erscheint. Die Schieflagen sind also offenkundig – von der Verteilung der Vermögen und Einkommen bis zur Gesundheit und Lebenserwartung. Die ohnedies Bessergestellten und Vermögenden, die wie alle anderen auch vom Sozialstaat und sozialen Frieden profitieren, wehren sich noch immer gegen marginal höhere Beiträge für das Gemeinwohl, während andere sich bereits seit längerer Zeit mit einem Leben am Limit abmühen und daran verzweifeln. Es gibt auch kaum glaubwürdige Signale in Richtung einer Verbesserung des Status quo. Eines ist gewiss: Das Wegschauen hat noch nie etwas verbessert!

„Wir können zwar den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“ Diesen Satz aus der jüngsten Budgetrede des Finanzministers sollte die Bundesregierung entsprechend ernst nehmen und endlich neue „Ufer“ suchen: eine solidarischere Staatsfinanzierung, echte Gleichstellungspolitik, besser verteilte Lebenschancen und gute Perspektiven für die Vielen.

Die sozialpolitischen Akzente der Bundesregierung – allen voran die Valorisierung bestimmter Geldleistungen – können weder im Ansatz strukturelle Schieflagen, die über viele Jahrzehnte beharrlich bestehen, noch die Hürden in der Gesellschaft beseitigen. Die gesellschaftlichen Hürden und Barrieren wurden in der jüngeren Vergangenheit sogar noch höhergeschraubt. Konkrete Beispiele sind die Einführung von Deutschklassen, die gleichstellungsfeindliche Ausweitung der Höchstarbeitszeiten auf 12 Stunden pro Tag bzw. 60 Stunden pro Woche oder die Verschlechterungen beim letzten sozialen Netz, der Mindestsicherung/Sozialhilfe.

Die soziale Frage braucht soziale Antworten, und die gibt es auch: Mit dem Projekt „So muss Sozialstaat“ haben wir machbare Optionen für einen besseren Sozialstaat zusammengetragen. Die gute Nachricht zum Schluss: Die Zukunft und die Gesellschaft sind und bleiben positiv gestaltbar. Möge die Politik in Europa und Österreich endlich eine klare soziale Peilung finden! ▶



Buch | e-book

## ABC des Unsozialen

Was sie sagen, was sie meinen

**Adi Buxbaum**Varia | 164 Seiten | 2. aktualisierte Auflage 2023 | EUR 24,90  
ISBN 978-3-99046-668-1

Das „ABC des Unsozialen“ ist als eine Leseanleitung für viele gesellschaftlich relevante Debatten in Österreich konzipiert. Denn: Manche Erzählungen und Haltungen sind offensichtlich gegen den Sozialstaat und den sozialen Ausgleich gerichtet, manche müssen aber erst als solche enttarnt werden. Die Dekonstruktion von neoliberalen und neokonservativen Frames und das Aufdecken von gegen den Sozialstaat gerichteten Argumentationslinien stehen daher im Zentrum der Betrachtung. Das Buch zeigt aber auch den bestehenden Gestaltungsspielraum für sozialen Fortschritt auf. Beispiele und praktische Anwendungen helfen beim Verständnis der Zusammenhänge.

## sozialleistungen.at

Die Info-Plattform zum österreichischen  
Sozialstaat und zu seinen Leistungen.

sozialleistungen.at bietet Ihnen:



Buch „Sozialleistungen“



Ansprüche



Sozialstaat



Publikationen

- kostenlosen digitalen Zugang zum Standard-Nachschlagewerk „Sozialleistungen im Überblick“
- Übersicht über zentrale Sozialleistungen in Österreich mit Links zu Beratungsbroschüren der AK Wien
- Zahlen, Daten, Fakten und Infografiken zum Sozialstaat
- weiterführende Literaturtipps, freien Zugriff auf alle Bände der AK-Studienreihe „Sozialpolitik in Diskussion“ und den Podcast „In bester Gesellschaft“ zum Reinhören

# #deineStimme macht uns alle stärker



**Verlass dich drauf: Die AK ist #deineStimme für soziale  
Gerechtigkeit und Zusammenhalt in Österreich.**

**[ak.at/deineStimme](https://ak.at/deineStimme)**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,  
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls  
die neue bzw. richtige Anschrift mit:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

AW